

Unter anderem in dieser Ausgabe:

KRIEG & FRIEDEN: IM KRIEG DEN FRIEDEN VORBEREITEN S. 2-3

HEISSER HERBST: ENERGIE, WOHNEN & PROTEST S. 4-5

AUS DER STADT: FÜR EIN SOZIAL GERECHTES LEIPZIG S. 13

ZUKUNFT: FRAUEN.STIMMEN.ERHEBEN.SOLIDARITÄT. S. 15

Veranstaltungstipp

Wir fahren nach Berlin!

Am 15. Januar 23 mit dem Bus zur Luxemburg-Liebkecht Demonstration. Gegen Krieg und Krise! Für Frieden und Solidarität!

Seite 24

Mitteilungsblatt

Ausgabe 12/2022 - 1/2023 Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



5. September 2022, Demonstration "Heißer Herbst"

Foto: Marth Hehlein / DIE LINKE. - www.flickr.com

Motivation!

Adam Bednarsky Linke haben einen Hang zu langen Texten und Erklärungen. Aus eigener Erfahrung kann ich jedoch berichten, dass lange Erzählungen wenig verfangen. Nehmen wir den letzten Stadtparteitag, zu dem ich ein paar Worte zum Zustand unserer Partei verlor und mit der Bitte schloss: „Das mal alle wieder einen Gang zurückschalten und vom Baum wieder runterkommen sollten.“ Das war auf die Schärfe und Inhalte der innerparteilichen Debatten (Stichwort: „Spaltung“, „Bruch“ usw.) bezogen. Aber diese Appelle haben abermals wenig genützt. Wenige Tage später beteiligten sich auch wieder Genossinnen und Genossen aus unserem Rajon an oben genannten Debatten. Tja, das ist dann wohl politisches Künstlerpech, welches ich an dieser Stelle nicht zum wiederholten Male ausreizen möchte.

Deswegen versuche ich – in aller Kürze, die positiven Seiten unseres politischen Jahres 2022 ins Wort zu heben. Wir haben viele Wahlkämpfe in Nah und Fern unterstützt, waren beispielsweise eine Woche in Niedersachsen unterwegs. Vielmehr konnten wir mit der Demo am 5. September auf dem Augustusplatz ein absolutes Highlight für unsere Partei mitorganisieren.

Auch die nachfolgenden Demos – zuletzt am 12. Dezember – im Rahmen der „Genug ist genug!“-Kampagne belegen, DIE LINKE. Leipzig hat eine ganz neue Aktionsfähigkeit gewinnen können. Es war mir ein großes Vergnügen, daran mitgewirkt zu haben und bedanke mich bei allen, die uns tatkräftig und solidarisch unterstützt haben. Das war große Klasse, motiviert ungemein und macht Mut für 2023.

Für das Jahr 2023 wünsche ich mir, dass gerade unsere gewählten Vollzeit-Mandatsträgerinnen und das Haupt- und Nebenamt in der Partei ihrer Rolle als Vorbilder (noch mehr) gerecht werden.

Alle Ehrenamtsaktivierung ist nix, wenn das „Hauptamt“ nicht motiviert ist. Wir werden in Leipzig den „Heißen Herbst“ auch 2023 fortsetzen, die Vorbereitung der Kommunalwahl 2024 mit voller Tatkraft angehen und unseren Stadtverband Leipzig auf Kurs halten.

Mittelgroße Erfolgserlebnisse wie die gewonnene OBM-Wahl in Rostock zeigen uns: Da sind wir aber immer noch!

Halten wir auch in schwierigen Zeiten zusammen: Leipzig bleibt rot!



**Heißer Herbst
gegen soziale Kälte!**

**Energie und Essen
müssen bezahlbar sein!**

**Sprechstunden
& Sozialberatung**

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden
und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 5. Januar 2023, 17:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow
- Do. 2. Februar 2023, 17:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385
Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig
Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 17:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig
Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung
Anmeldung: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung:
11. Januar 2023, 17:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
18. Januar 2023, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil):
19. Januar 2022, ab 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung:
1. Februar 2023, 17:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
8. Februar 2023, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil):
9. Februar 2023, ab 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Im Krieg den Frieden vorbereiten

Michael Brie Es ist nötig, die Ukraine zu unterstützen - aber unzulässig, sie den geopolitischen Zielen der USA und der Nato zu opfern.

Der Krieg in der Ukraine geht bald ins zweite Jahr. Es ist nicht der erste Krieg in Europa seit 1990 und schon gar nicht der erste Krieg an den Grenzen Europas. In alphabetischer Reihenfolge könnte man unter anderem nennen: Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Irak, Jugoslawien, Kuwait, Libyen, Serbien und Kosovo, Syrien, Tschetschenien. Wir wähten uns im Frieden und lebten umgeben von Kriegen. Die Welt ist im Umbruch und aus diesen Umbrüchen entstehen Konflikte, die zu Kriegen werden. Noch hat die Europäische Union, noch hat die Bundesrepublik darauf keine Antwort gefunden. Der Krieg in der Ukraine wird zum Testfall, ob es gelingt, einen Ausweg aus dieser Spirale immer neuer Kriege zu finden. Die Römer hatten den Leitfaden: Si vis pacem para bellum (Wenn Du Frieden willst, bereite den Krieg vor). Wir aber müssen jetzt im Krieg endlich dauerhaften Frieden vorbereiten.

Die drei Ursachen der Kämpfe

Frieden kann man nur vorbereiten, wenn man sich den Ursachen des Krieges stellt. Solange man von der Vorstellung ausgeht, dass Russlands Politik die alleinige Ursache des Krieges in der Ukraine ist, ist Frieden unmöglich. Es wird weitgehend verdrängt, dass der Krieg drei Ursachen hat: Er ist ein imperialer Angriffskrieg Russlands zur Sicherung einer - nunmehr vom Westen deutlich unterschiedenen - „Russischen Welt“ und ihrer Rolle in Eurasien. Er resultiert nicht zuletzt aus der Schwäche Russlands, dem es nicht gelungen ist, jenseits einer rohstoff- und rüstungszentrierten Wirtschaft nach 1990 ein erfolgreiches Entwicklungsmodell und ein politisches System mit lebendiger Demokratie und Zivilgesellschaft aufzubauen. In den Augen Russlands waren die Ostausdehnung von Nato und EU eine Bedrohung und Anreiz zum Regimewechsel. Russland sah rote Linien überschritten, als die Ukraine und Georgien 2008 eine Perspektive als Teil der Nato erhielten. Der Westen hat die Schwäche und Verwundbarkeit Russlands und seiner Eliten und deren Wahrnehmung der Nato-Osterweiterung nicht ernst genommen.

Weiterhin ist dieser Krieg vonseiten der Ukrainer ein legitimer Verteidigungskrieg. Die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine sind Opfer brutaler Kriegshandlungen. Viele Städte und Dörfer sind zerstört. Millionen sind auf der Flucht. Die Ukraine ist in ihrer Souveränität und in ihrem Recht auf Selbstbestimmung bedroht. Zugleich wurde seitens der Ukraine der eigenen Sicherheitslage nicht Rechnung getragen. Dies war ein katastrophaler Fehler, über den die Gewissheit des formalen Rechts nicht hinweghilft. Kissingers Rat von 2014, dass die Ukraine

nur als Brücke zwischen West und Ost eine Zukunft hat, wurde ausgeschlagen. Die Sicherheitsinteressen Russlands, die spätestens seit 2007 laut wurden und diplomatisch zu lösen gewesen wären, wurden nicht ernst genommen und der Weg einer einseitigen Westanbindung gewählt.

Schließlich hat der Krieg in der Ukraine darin seine Ursache, dass die USA kein Interesse an einer strategischen Autonomie Europas hatten und - beginnend mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik - in der Westausdehnung von Nato und EU das wesentliche Mittel sahen, auch weiterhin dem Leitspruch des ersten Generalsekretärs der Nato, Lord Ismay, zu folgen - „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“. Die Ansätze für eine neue Architektur gemeinsamer Sicherheit und Entwicklung wurden diesem Ziel geopfert, nicht zuletzt mit dem Beschluss der Nato von 2008, der Ukraine und Georgien eine Nato-Perspektive zu bieten, wenn auch nicht im Schnellverfahren, wie die USA und osteuropäische Länder wollten, sondern im Rahmen des regulären Aktionsplans, der den Umbau der Armee der Ukraine einleitete. Es war und ist nicht nur legitim, sondern nötig, die Ukraine bei der Verteidigung zu unterstützen, es ist aber unzulässig, die Ukraine den geopolitischen Zielen der USA und der Nato zu opfern und die eigenen europäischen Werte und Interessen aufzugeben.

Wenn man Frieden will, muss man sich der realen Alternativen bewusst sein, die eigenen Ziele bestimmen und sie untereinander abwägen und die vorhandenen Mittel der Politik in Rechnung stellen. Verantwortliche Politik verlangt, Gefahren, ungewollte Nebenfolgen und langfristige Perspektiven im Auge zu haben.

Nach dem Scheitern des russischen Versuchs, mit großer militärischer Macht und einem Überraschungsangriff die Ukraine zur Kapitulation zu zwingen, und beträchtlichen militärischen Erfolgen der Ukraine liegen die wahrscheinlichen Alternativen auf dem Tisch. Einerseits ist klar, dass Russland nicht dazu in der Lage ist, neue umfassende militärische Erfolge zu erringen. Es ist ein Zermübungskrieg entstanden, der durch die Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine und die Mobilisierung der militärischen Ressourcen in Russland gespeist wird. Andererseits werden neue militärische Offensiven beider Seiten zu einer weiteren Eskalation führen, die den Krieg intensivieren und brutalisieren werden und letztlich Europa in einen Krieg unter Nutzung atomarer Waffen stürzen können.



1. September 2021, Weltfriedenstag, Foto: Johannes Schmidt

Der Einschlag einer Flugabwehrrakete der Ukraine in Polen war ein weiteres Alarmzeichen, wie schnell alles außer Kontrolle geraten kann. Alles bringt die Mitgliedsstaaten der Nato näher an einen direkten Krieg mit Russland. Ein Sturz Putins und eine radikale Kehrtwende in Russland angesichts militärischer Niederlagen ist zwar nicht ausgeschlossen. Es wäre aber fahrlässig bis extrem gefährlich, darauf verantwortliche Politik aufzubauen.

Unter diesen Bedingungen sollte der erste Schritt darin bestehen, einen sofortigen Waffenstillstand herbeizuführen und Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland, sekundiert durch die Uno aufzunehmen. Dazu wird es aber nur kommen, wenn die immer weitere Steigerung der Lieferung von Waffen an die Ukraine gestoppt wird und die weitere Unterstützung der Ukraine an die Bereitschaft zu solchen Verhandlungen ohne Vorbedingungen als denen einer Waffenruhe geknüpft wird. Zugleich sollten jene Sanktionen gegenüber Russland aufgehoben werden, die keinen Einfluss auf die Kriegsfähigkeit Russlands haben und zugleich im besonderen Maße die Bevölkerung in Russland, in den Staaten der EU, in Deutschland, aber auch im globalen Süden treffen.

Der zweite Schritt bestünde darin, ein Abkommen zur mittelfristigen Regulation des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland zu schließen, immer auch unter der Prämisse, dass dieser Konflikt zugleich ein Konflikt zwischen Russland und dem Westen ist. Im Juni dieses Jahres tagte im Vatikan eine Arbeitsgruppe von Experten.

Die Gruppe hat ausgehend von den sofort nach Ausbruch des Krieges erfolgten Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland in der Türkei folgende Vorschläge unterbreitet: „(1) Neutralität der Ukraine, d. h. Verzicht auf die nationalen Ambitionen, der Nato beizutreten, bei gleichzeitiger Anerkennung der Freiheit der Ukraine, Abkommen mit der Europäischen Union und

anderen Ländern zu schließen; (2) Sicherheitsgarantien für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine [...]; (3) De-facto-Kontrolle Russlands über die Krim für einen Zeitraum von Jahren, während die Parteien auf diplomatischem Wege eine dauerhafte De-jure-Einigung anstreben würden [...]; (4) Autonomie der Regionen Lugansk und Donezk innerhalb der Ukraine [...]; (5) Garantierte kommerzieller Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands zu den Schwarzmeerhäfen beider Länder; (6) Die schrittweise Aufhebung westlicher Sanktionen gegen Russland in Verbindung mit dem Abzug des russischen Militärs [...]; (7) Ein multilateraler Fonds für den Wiederaufbau und die Entwicklung der vom Krieg zerstörten Regionen der Ukraine – an dem sich auch Russland beteiligt [...]; (8) Eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Bereitstellung internationaler Überwachungsmechanismen zur Unterstützung des Friedensabkommens.“

Ein dritter Schritt wäre viel weitergehender. Gegenwärtig verstärken sich die Tendenzen zu einer neuen globalen Konfrontation. Die Gefahr von militärischen Konflikten nimmt zu, von denen einige auch einen Weltkrieg auslösen können. Die Kooperation bei der Lösung der globalen sozialen, ökologischen, demografischen und sicherheitspolitischen Probleme ist nachhaltig geschwächt worden. Die Losung vom Großkonflikt zwischen „Demokratien“ und „Autokratien“ feuert diese Konfrontation ideologisch an. Der Kampf der USA um die Bewahrung ihrer unilateralen Dominanz und Hüter der „regelbasierten Ordnung“ droht, den Übergang in ein Zeitalter des kooperativen Multilateralismus zu verzögern.

Alles dies erhöht die Bereitschaft einzelner Staaten, ihre Interessen konfrontativ zu verfolgen. Die wechselseitig gezogenen „roten Linien“ werden ignoriert. In der Folge gibt es immer mehr Feindbilder, werden die Rüstungsausgaben global deutlich erhöht, was die wechselseitige Bedrohung verschärft, wird Mahnung zu Mäßigung, Abrüstung,

Übergang zu struktureller Nichtangriffsfähigkeit denunziert. Die Kooperation bei der Lösung der globalen Probleme rückt in den Hintergrund.

Es wäre angebracht, die Erfahrungen aus der letzten Zeit der Blockkonfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion wieder zu nutzen. Damals entstanden zentrale Dokumente auf der Suche nach gemeinsamer Sicherheit und Entwicklung, die unter Führung von Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland verfasst wurden. Es wurden Maxime entwickelt, die auch heute gültig sind. Dazu gehört vor allem, dass unter den Bedingungen gemeinsamer Bedrohungen eine Politik gemeinsamer Sicherheit oberste Priorität hat, die den Schutz vor unilateraler Schädigung durch den anderen nicht aus-, sondern einschließt. Der Gegner von heute sollte immer auch als möglicher Partner von morgen behandelt werden.

Neue Abrüstungsverhandlungen

Dies ist natürlich ein längerer Prozess, bei dem durch die Erzielung der heute erreichbaren Erfolge größere in der Zukunft möglich werden. Der anderen Seite sollte nicht die Reform- und Friedensfähigkeit prinzipiell abgesprochen werden, ohne in Illusionen über den andren zu verfallen. Auswege aus dem Krieg in der Ukraine sollten in der Verbindung von Bemühungen um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen mit der Wiederaufnahme von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland und weit darüber hinaus gesucht werden.

Eines ist klar: Die Vorbereitung des Friedens schließt schwer ertragbare Zugeständnisse an Gegner ein, wenn sie aus dem Krieg heraus und zu einer neuen Zusammenarbeit und gemeinsamer Sicherheit hinführen sollen. Anerkennung von sehr, sehr unangenehmen Realitäten und die mühselige Arbeit an ihrer Überwindung schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich, will man nicht in einer immer bedrohlicheren Eskalationsspirale gemeinsam untergehen.

Wohnopoly in Leipzig

Jule Nagel Wohnen ist zu einer der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Seit mindestens einem Jahrzehnt klettern auch in Leipzig die Mieten stetig nach oben. Leipzig ist für Finanzfonds und börsennotierte Unternehmen wie Vonovia ein beliebtes Ziel, um Profite zu generieren. Diese von der Stadtspitze lange unterstützte Entwicklung führt zu Entmietungen und Verdrängung, führt dazu, dass Menschen immer größere Teile ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen.

Stadtviertel entmischen sich. Dass diese Dynamiken kein Naturgesetz sind, sondern politisch unterstützt, ist eine These des 2022 erschienen Buches „Wohnopoly. Wie Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können, der LINKE-Bundestagsabgeordneten Caren Lay, die am 30. November zu eben jenen Thema im linXXnet zu Gast war.

Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 unter einer CDU-FDP-Regierung und der Unternehmenssteuerreform unter rot-grün im Jahr 2000 ist das Wohnungswesen kapitalistischen Profitinteressen komplett unterworfen worden. Letztgenannte Reform sei die Eintrittskarte für Finanzmarktfonds in den Wohnungsbereich

gewesen, Spekulation mit dem Gemeingut Wohnen sei damit Tür und Tor geöffnet worden.

Doch es gibt zunehmend Druck gegen diese Entwicklung. Caren Lay stellte sowohl politische Vorschläge wie etwa einen bundesweiten Mietendeckel, eine Bodenspekulationssteuer oder die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit, mit der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften wie Genossenschaften Steuervorteile gegenüber profitorientierten Immobilienkonzernen gewährt werden, vor. Sie ruft mit dem Buch auch dazu auf, sich als Mieter*innenbewegung zu organisieren, um das Grundrecht auf Wohnen von unten wieder zu erkämpfen.

Genau in dieser Frage engagieren sich viele Genoss*innen auch in Leipzig in Bewegungen und in Parlamenten. Die inflationsbedingten Preissteigerungen verschärfen die soziale Lage vor allem für Mieter*innen, die in Leipzig 87 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Wir sind dran: Für einen Paradigmenwechsel hin zu einer sozialen Wohnungspolitik - das war die vereinigende Antwort an diesem Abend.



Foto: Jule Nagel

Energieversorgung – sicher und bezahlbar!

Birthe Kleemann Podiumsdiskussion zum Weg durch die Energiekrise

Am 4. November hat unsere Fraktion das Podium eröffnet für Fragen, Anregungen und Sorgen in der sich seit Monaten zuspitzenden Situation. Die Strompreise haben sich mehr als verdreifacht, die Großhandelspreise für Gas fast verzehnfacht. Mit Nachzahlungen und neuen Vorauszahlungen sind schon seit Beginn der Krise viele Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Selbstständige, Freiberufler, Handwerker und andere kleine Unternehmen völlig überfordert. Auch die drei Entlastungspakete der Ampelkoalition können da nicht ausreichend Abhilfe schaffen.

Der Versammlungsraum im Basislager Coworking Space im Peterssteinweg füllte sich ansehnlich, als um 19 Uhr unser Vorsitzender Sören Pellmann, Rico Gebhardt, Vorsitzender der Sächsischen Landtagsfraktion, und Andreas Eichhorst, der Vorsitzende der Verbraucherzentrale Sachsen, Platz nahmen auf der Bühne. Viele Menschen zeigten sich verunsichert angesichts der aktuellen Situation. Eine Frage, die den Großteil der Besucher:innen beschäftigte: Wie sieht die Lage aus mit bestehenden Strom- und Energieversorgungsverträgen?

Welche Erhöhungen sind zu erwarten und wie kann man sich absichern? Andreas Eichhorst konnte hier wertvolle Hinweise und klare Antworten geben.

Und was tun wir als LINKE für die Bewältigung der Krise? Teilerfolge konnten wir als Fraktion im Stadtrat bereits erzielen: Mit unserem 13-Punkte-Garantieplan wurde durch den Rat beschlossen, dass Verhandlungen mit den Stadtwerken und den im Stadtgebiet als Grundversorger tätigen Energieunternehmen geführt werden, um Strom- und Gassperren für Privathaushalte zu verhindern. Außerdem wird es ein Kündigungsmatorium für kommunalen Mietraum geben.

Es ist völlig klar: Keine Leipzigerin und kein Leipziger darf von Strom und Gas abgeklemmt werden, weil sie oder er die Rechnungen nicht mehr bezahlen kann. Niemand darf seine Wohnung verlieren, weil ihm die Nebenkosten bedrohlich über den Kopf wachsen!

Die Anregungen und Sorgen der Teilnehmenden haben wir mitgenommen und werden versuchen, sie in unsere Arbeit im Stadtrat

einfließen zu lassen. In der nächsten Ratsversammlung wird beispielsweise über unseren Antrag „Energieeffizienz mit stabilen Mieten“ abgestimmt, der dafür sorgen soll, dass energiesparende Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden die Mieten nicht in die Decke schießen lassen.



Foto: Birthe Kleemann

Foto: Johannes Schmidt

Demo der Leipziger LINKEN „Genug ist genug“

Volker Külöw Auszüge aus der Rede vom 28. November 2022

Wenn wir ehrlich zu uns sind, müssen wir selbstkritisch feststellen, dass der heiße Herbst nach dem fulminanten Auftakt am 5. September auf dem Augustusplatz bisher auch in Leipzig recht lau verlaufen ist. Dafür gibt es verschiedene Ursachen.

Zum einen verfehlen die drei bisherigen Entlastungspakete und der 200-Milliarden-Doppel-Wumms bei aller berechtigter Kritik von links nicht ihre Wirkung auf breite Teile der Bevölkerung und damit auf die Stimmung im Land. Die politische Klasse in der Bundesrepublik ist sehr herrschaftserfahren. Zugleich ist positiv festzustellen, dass es ohne unseren Druck diese Maßnahmen der Ampel-Regierung vermutlich nicht gegeben hätte. Darauf können wir durchaus stolz sein!

Das letzte Woche beschlossene Bürgergeld zeigt aber, dass der außerparlamentarische Druck der Straße und die gesellschaftliche Linke plus DIE LINKE derzeit viel zu schwach ist, systemische Verbesserungen für die einkommensarmen Bevölkerungsschichten zu erzielen oder gar das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik zu verändern. Das Bürgergeld ist keinesfalls eine Überwindung von Harz IV und weit entfernt von einer armutsfesten Grundsicherung, die nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes mindestens 678 Euro betragen muss.

Für diese Erhöhung ist es höchste Zeit, denn die Armut hat in den vergangenen Jahren in der BRD erheblich zugenommen. Das zeigt der neueste Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung deutlich. Die Ungleichheit der Einkommen hatte bereits vor Corona 2019 einen neuen Höchststand erreicht. Die Armutsquote ist in der BRD von 2010 bis 2019 von 14,3 auf 16,8 Prozent gestiegen, also fast um ein Fünftel!

Auch die Zahlen in Leipzig sind erschreckend. Der Sozialreport 2022 zeigt, dass nach bundesdeutschem Maßstab fast ein Viertel der Leipzigerinnen und Leipziger als arm bzw. armutsgefährdet gelten. Immer mehr Menschen auch in unserer Stadt müssen sich nunmehr entscheiden, wofür sie ihr knappes Geld ausgeben wollen: für Lebensmittel, Energie oder Mobilität. Diese dramatische Entwicklung hat unsere Stadtratsfraktion in den letzten Monaten nicht losgelassen und zu verschiedenen Initiativen veranlasst, wie z. B. unser Haushaltsantrag zu Gunsten der Leipziger Tafel in Höhe von 100 TE. Im November beschloss der Stadtrat auf unseren Antrag ein Kündigungsmoratorium für kommunalen Wohnraum. Niemand wird also bei der LWB in diesem oder im nächsten Winter seine Wohnung verlieren, wenn er die Miete nicht zahlen kann. Im gleichen Atemzug wurde beschlossen, dass mit den Stadtwerken und den anderen örtlichen Grundversorgern für Energie Verhandlungen geführt werden, um bis zum 30. April 2024 Strom- und Gassperren zu verhindern. Damit wollten wir dafür sorgen, dass niemand in Leipzig mit geringem oder kleinem Einkommen in diesem und im nächsten Winter in einer dunklen und kalten Wohnung sitzen muss. Das ist das wichtigste sozialpolitische Signal, dass der Stadtrat in der jetzigen Krise bisher gesetzt hat!

Diese lokalen Erfolge - wie z. B. auch der Wahlsieg von Eva-Maria Kröger in Rostock - täuschen jedoch nicht darüber hinweg, dass sich die Linkspartei bundesweit unverändert in einer schweren Krise befindet. Für diese bedrohliche Lage gibt es mehrere Ursachen. Eine ist die angepasste Haltung der Partei in der Friedensfrage, die sich schon in gefährlicher Nähe der bundesdeutschen Staatsräson befindet - das ist bekanntlich das Bekenntnis zur NATO. Es ist doch ein Unding, dass man über den Zusammenhang der sozialen Verwerfungen im Land und der zunehmenden wirtschaftlichen Misere mit

den Sanktionen gegen Russland in unserer Partei kaum spricht bzw. wenn man es tut, schon in die Ecke des angeblichen „Putin-Verstehers“ gerückt wird.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, den wir natürlich ablehnen und verurteilen, ist ohne den Blick auf die internationale Lage nach dem Epochenumbruch 1989/90 und die vielen folgenden völkerrechtswidrigen Kriege des Westens unter Führung der USA nicht erklärbar. Auch die gigantische Aufrüstung der Bundeswehr ist nur verständlich, wenn man die Gesamtstrategie der USA versteht, den weiteren Abstieg als Welthegemon zu verhindern und zugleich wichtige Juniorpartner wie die BRD wieder in verstärkte Abhängigkeit zu führen, z. B. über schmutziges Fracking-Gas. Es gehört zu den Kuriosa der aktuellen Lage, dass ausgerechnet die Grünen mit ihrem transatlantischen Bellizismus die besonders klimafeindliche und kostenintensive LNG-Technologie befördern.

Unterm Strich bleibt: die Welt balanciert gefährlich nah am Rande eines katastrophalen Krieges wie die zum Teil hysterischen Reaktionen auf den Einschlag der angeblich aus Russland abgefeuerten Raketen auf Polen zeigten.

Die ganze Doppelmoral des Westens entlarvt sich jedoch, wenn man dieses Kriegsgeschrei mit dem peinlichen Schweigen gegenüber den jüngsten Bombenangriffen der Türkei auf seinen Nachbarn vergleicht. Wer wie die Bundesregierung nicht bereit ist, den eigenen NATO-Partner für den Völkerrechtsbruch in Syrien zu kritisieren und ihn sogar noch mit Waffen beliefert, verliert jede politische Glaubwürdigkeit!

DIE LINKE ist und bleibt hoffentlich die einzige Partei im Bundestag, die konsequent gegen jede Kriegslogik kämpft und damit ihren friedenspolitischen Grundsätzen treu bleibt!



Fotos: AG Senioren



Aktuelles von und aus der AG Senioren

AG Senioren Noch nicht lange her, dass ich zu den Genossinnen und Genossen der AG Senioren gestoßen bin. Und ich bin dankbar dafür, dass es diese AG Senioren gibt, die zuverlässig jeden ersten Donnerstag im Monat 10:00 im Karl-Liebnecht-Haus tagt. Ja, so kann man unsere Zusammenkünfte bezeichnen, denn sie tragen zur Weiterbildung für uns Senioren, dem Disput untereinander und mit jüngeren Genossinnen und Genossen bei. Erstaunlich, wie harmonisch, und das wurde bestätigt durch uns besuchende Praktikanten, mehrere Altersstufen miteinander können. Dank der stets interessanten Vorträge, Präsentationen unserer Gäste und Referenten über aktuelle Themen, ob die der Partei, Innen-, Außen-, Energiepolitik oder Soziales sind wir gut informiert. So kann man im Familienkreis, unter Bekannten, an Infoständen agieren und fachlich überzeugen. Selbst wurde ich erstaunt bewundert, dass ich das sogenannte Merit-Order-Prinzip kannte und erklären konnte. Mit den Vorteilen des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ konnte ich punkten.

Im Dezember freuen wir uns alle auf die kleine Weihnachtsfeier. Pünktlich haben fleißige Hände den Tisch im Versammlungsraum weihnachtlich hergerichtet und geschmückt. Mit Kaffee, Keks und Stolle wurde zunächst über letzte Ereignisse berichtet und diese ausgewertet, u. a. die Mitgliederversamm-

lung und die Wahl des neuen Vorstandes des VVN-BdA Leipzig e. V., denn Antifaschismus ist unser aller Anliegen.

Wir freuen uns, dass DIE LINKE. durch nicht unerhebliche monetäre und politische Unterstützung für die Gewerkschaft zum Erfolg des Tarifikampfes der Kolleginnen und Kollegen der Traditions-Nudelfabrik Riesa beitragen konnte.

Keine politische Versammlung ohne Diskussion der Lage in der Ukraine. Wir verurteilen den Krieg, jeglichen Krieg. Einer unserer Genossen hat ein eigenes Gedicht vorgetragen. Basierend auf einer kritischen Analyse von Kriegsursachen wird der Wertekontext des Westens aufs Korn genommen. Mir sind die letzten Zeilen erinnerlich:

**Nun fragt Euch mal, wem
solche Haltung nützt?**

**Der Menschlichkeit, wie
postuliert, garantiert nicht,**

**einzig dem Profit und
den Verbrecherstaaten
ist damit gedient,**

**weil ansonsten deren
Vorherrschaft in der Welt
hätte ausgedient.**

Nun, was sollen wir von den montäglichen Demonstrationen in Leipzig halten? Nach der Demonstration der DIE LINKE. und LINKE.SDS gegen die Inflations- und Energiepolitik der Regierung am 14.11.2022 mussten die dort beteiligten Seniorinnen und Senioren von den nicht zumutbaren Maßnahmen der Polizei berichten. Der Ring war so gut wie komplett gesperrt. Selbst für uns war nicht erkennbar, wer wofür, wogegen, mit wem nun demonstriert. Der Rattenfänger spielt die Musik ... Gerne würden wir Seniorinnen und Senioren uns aktiver bei Demonstrationen beteiligen, wir wollen unsere Jugend nicht alleine lassen. Bitte habt jedoch Verständnis, dass aus altersbedingten gesundheitlichen Gründen unsere Möglichkeiten eingeschränkt sind.

Der eigentlich aufwendigere Tagesordnungspunkt war die Aufstellung des Jahresplanes 2023. Aufgrund sehr guter Vorarbeit und konstruktiver Ideen Aller wurde auch das geschafft. Mehr und Konkretes wird demnächst veröffentlicht.

Ich bin mir sicher, dass uns ein interessantes Jahr bevorsteht.

Die AG Senioren wünscht allen Genossinnen und Genossen, Sympathisant*innen eine besinnliche Weihnachtszeit, Gesundheit und Erfolg im Neuen Jahr 2023



Asyl-Tour dreier LINKEN-Parlamentarierinnen

Joshua Maier, Praktikant im linXXnet Zur Lage Schutzsuchender in Sachsen

Seit geraumer Zeit wird in Sachsen nun schon wieder eine Debatte um vermeintliche Grenzen des Menschenrechts auf Asyl und damit um die Beschränkung der Humanität geführt. Eine Woche nachdem die AfD im Sächsischen Landtag von illegaler Massenmigration fabulierte und sich Innenminister Schuster allen Ernstes im „humanitärste[n] Land der Welt, wenn es Fragen von Asyl geht“ wähnte, fand vom 14. bis 19. November die Asyl-Tour dreier sächsischer LINKE-Politikerinnen statt: der Europaabgeordneten Cornelia Ernst, der Bundestagsabgeordneten Clara Büniger und aus dem Landtag, Juliane Nagel, statt. Clara Büniger musste sich allerdings wegen Krankheit durch eine sachkundige Mitarbeiterin vertreten lassen.

Dabei wurden Gespräche mit Geflüchteten, Berater:innen und Ehrenamtlichen geführt, um sich über die derzeitige asylpolitische Situation zu informieren. Die Abgeordneten besuchten zunächst die Abschiebehafteinrichtung in Dresden, um am nächsten Tag die Leipziger Aufnahmeeinrichtung Mockau III zu besichtigen. Darauf folgte ein Besuch der Gemeinschaftsunterkunft Pfaffenhain/Jahnsdorf im Erzgebirgskreis. Zwischen diesen Terminen gab es Gelegenheit zum Dialog mit den NGOs Mission Lifeline und Seebrücke Dresden, dem Sächsischen Flüchtlingsrat und den Aktivist:innen von Space Leipzig sowie den Hilfeleister:innen von Mosaik e.V. und der Refugee Law Clinic Dresden.

Abschluss der Tour war ein Runder Tisch im Chemnitzer Rathaus, bei dem alle we-

sentlichen Verantwortungsträger:innen auf kommunaler und Landesebene noch einmal zusammen kamen und sich über anstehende Herausforderungen und migrationspolitische Perspektiven austauschten. Nachdem die Woche über Betroffene und Helfende die Abgeordneten über vielfältige Themen und Schwierigkeiten informierten, wurden diese in Chemnitz in drei Problemfelder gebündelt.

So ging es zunächst um die Frage der Unterbringung von Asylsuchenden in Sachsen. Insbesondere in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaats ist die Situation schwierig. Neuankömmlinge werden z. B. in Mockau in Zeltstädten unter unzureichenden hygienischen Umständen untergebracht und die Lebensbedingungen sind psychisch belastend. Besonders gefährdet sind hierbei ohnehin vulnerable Gruppen. Dass solche Missstände an anderer Stelle durch medizinische und psychosoziale Unterstützung wieder aufgefangen werden müssen, ist eine bittere Ironie. Dringend gesucht wird zudem Winterkleidung, speziell für Männer. Aber auch in Gemeinschaftsunterkünften, wie Pfaffenhain, in denen Menschen aufgrund von Wohnsitzauflagen teils über Jahre in Containern leben, ist der Zugang zu grundlegenden Hilfsleistungen mitunter aufgrund von sozialer und räumlicher Isolation sowie sprachlichen Barrieren oft nur in der Theorie gewährleistet. Rassistische Vorurteile verhindern in Landkreisen, wie dem Erzgebirgskreis, in denen es eigentlich genügend geeigneten Wohnraum gäbe, oftmals den Umzug in eine eigene Wohnung.

Hinsichtlich Abschiebung und Bleiberecht ist Sachsen eines der wenigen Bundesländer, in denen es keinen Vorgriff auf die von der Ampel im Bund geplante Möglichkeit des "Chancenaufenthalt" gibt, damit bekommen langjährig hier lebende Geduldete die Möglichkeit, sich eine Perspektive aufzubauen. Die Blockadehaltung des CDU-Innenministeriums führt mitunter dazu, dass schon längst Integrierte abgeschoben wurden oder sogar schon in Abschiebehaft sitzen.

In Bezug auf die Ausgestaltung des kommenden Sächsische Integrations- und Teilhabegesetz, das die Hilfs- und Unterstützungsleistungen für viele Jahre regeln wird, fühlen sich viele Unterstützer*innen von der Landesregierung im Dunkeln gelassen. Unklar ist auch die künftige Finanzierung der Mehrzahl der Beratungsangebote.

Neben dem großen, auch zivilgesellschaftlichen Engagement ist paradoxerweise Anlass zur Hoffnung, dass die Probleme in Sachsen größtenteils hausgemacht sind. So zeigt die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter, wie es besser gehen könnte. Die Gruppe Space Leipzig macht hierbei jedoch auf die schwierige Lage von Geflüchteten aus Drittstaaten aufmerksam. Kaum nachvollziehbar ist in diesem Zusammenhang auch die Ungleichbehandlung von Menschen, die aus Syrien vor russischen Bomben fliehen. Im Vordergrund muss daher also der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Menschen stehen. Es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben. Menschenrechte sind nicht verhandel- oder teilbar.



Süße Waffeln statt schwere Waffen, heißer Punsch statt soziale Kälte!

Dirk Apitz Nach der Pandemie konnte die Tafel wieder öffnen und gleichzeitig auch zu Nikolaus eine Kooperation mit uns eingehen. Zusammen mit Volker Külöw, Marco Böhme und der BO Wilder Westen stand uns eine kleine Hütte zur Verfügung, damit wir eine große Freude schenken konnten. Wir verteilten, selbstverständlich kostenlos, alkoholfreien Kinderpunsch oder heißen Apfelsaft mit Zimt. Das ist besonders nützlich für die Wartenden, die in der Kälte sich wärmen wollen. Aber auch Schokolade erfreute sich großer Beliebtheit. Als besonderes Highlight waren die berühmten veganen Waffeln am Stil von der BO Wilder Westen. Egal ob auf dem Lindenuer Markt, beim Erfurter Parteitag oder zum Nikolaus bei der Tafel, die Waf-

eln erfreuen sich immer großer Beliebtheit und schmecken einfach wahnsinnig lecker! Natürlich führten wir dabei viele Gespräche mit den Betroffenen. Nicht nur soziale Themen waren dabei wichtig, auch Radverkehr oder der Ukraine-Krieg waren immer wieder im Gespräch. Einig waren sich aber alle, dass es noch immer peinlich für so ein reiches Land ist, dass es solche Institutionen wie die Tafel braucht. Für die Arbeit vor Ort können wir nicht genug danken und natürlich haben wir auch für sie Waffeln und heiße Getränke angeboten. Die Resonanz bei Allen war durchweg positiv, und wir konnten die soziale Kälte etwas erwärmen. Auch im nächsten Jahr sind wir wieder dabei!



Leiharbeit: Gerechtigkeit ist mehr als Equal Pay

Christian Annecke Ein Veranstaltungsbericht der AG Betrieb & Gewerkschaft Leipzig

Am 29.11. veranstaltete die AG Betrieb & Gewerkschaft Leipzig im Felsenkeller eine Podiumsdiskussion zum Thema Leiharbeit. Über 35 Leute, davon mehrheitlich nicht Parteimitglieder, informierten sich über dieses wichtige arbeitsmarktpolitische Thema. Die AG schaffte es durch gemeinschaftliche Vorbereitung diese Veranstaltung zu planen, umzusetzen und, so die Hoffnung, dieses Thema wieder in die Debatte zu bringen. Dem ging eine breite Flyerverteilung vor den Betrieben von BMW, Porsche und an DHL-Beschäftigte voraus. Ebenfalls verteilten wir Informationsblätter auf der Demonstration „Make Amazon Pay“ und hatten gute Gespräche mit den Kollegen und Kolleginnen über ihre Arbeitssituation. Für die AG ist die Organisierung von Beschäftigten eine notwendige Voraussetzung für unsere Parteiarbeit. Die Arbeit unserer Parlamentsfraktionen ist ohne eine starke außerparlamentarische Bewegung nur halb so wirksam. Aber auch Bewegungen können bei der Durchsetzung ihrer Ziele auf eine starke Verankerung bei den Beschäftigten nicht verzichten. Wir wollen starke Gewerkschaften und eine starke LINKE. Ebenso wie unsere Partei gewerkschaftspolitische Impulse braucht, um stärker zu werden, brauchen die Gewerkschaften Impulse von links.

Einer dieser Impulse ist Kritik an der Leiharbeit. In Deutschland arbeiten derzeit etwa 800.000 Leiharbeitskräfte. Leiharbeit ist spätestens seit der Ära Schröder ein fester Bestandteil des Arbeitsmarktes geworden. Das SPD-geführte Arbeitsministerium selbst bezeichnet Leiharbeit als atypisches Beschäftigungsverhältnis, welches im Vergleich zu normalen Arbeitsverhältnissen eher zu psychischen Erkrankungen führt. Trotzdem rechtfertigt die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag Leiharbeit als „unverzichtbares Instrument“. DIE LINKE will die Verhältnisse in der Leiharbeitsbranche zugunsten der Beschäftigten grundlegend ändern. Wie das geht, was Betroffene selbst dazu sagen, was die Positionen von Betriebsräten und Gewerkschaften sind, und was die Gäste dazu denken, das sollte der Abend skizzieren.

Gestartet hat die Veranstaltung mit einem Beitrag von Jan Richter, Mitglied des Bundessprecher*innenrates der BAG Betrieb & Gewerkschaft und Mitglied des Parteivorstandes. Jan führte in das Thema Leiharbeit ein und erläuterte die Positionen und

Anträge der LINKEN aus dem Ausschuss für Arbeit und Soziales im Bundestag. Weiterhin schilderte er das derzeitige Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) und die Verzögerungen der Evaluierung, sowie die Kritik der LINKEN an der derzeitigen Fassung.

Nach dieser Eröffnung begann die Podiumsdiskussion, welche auch auf Video aufgezeichnet wurde und demnächst veröffentlicht wird. Teilgenommen haben neben Jan Richter die stellv. DGB-Vorsitzende des Bezirks Sachsen, Daniela Kolbe, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende des Personaldienstleisters Adecco, Eugen Scheinberger, und Stefan Nagel (Mitglied der AG B&G), Beschäftigter in der Automobilproduktion und zuvor langjähriger Leiharbeiter. Die Moderation übernahm Christian Annecke (Mitglied der AG B&G). In der knapp eineinhalbstündigen Diskussion wurde zunächst die lebensweltliche Situation der Leiharbeit geschildert. Stefan berichtete aus 25 Jahren, die er sich nun schon im Berufsleben befindet, von denen er 13 Jahre als Leiharbeiter auf dem Bau und in der Industrie beschäftigt war. In diesen 13 Jahren wurde er nie verliehen, um Auftragsspitzen aufzufangen. Alle seine Einsätze waren langfristig angelegt. Er zeigte auf, dass nicht nur geringere Bezahlung, durch fehlenden Anspruch auf tarifliche und betriebliche Sonderzahlungen, sondern auch die schlechte soziale Integration sowie fehlende Übernahmemöglichkeiten und somit eine stets unsichere berufliche Perspektive sein Berufsleben erschwerte. Der sogenannte „Drehtür-Effekt“ in der Leiharbeit ist hierbei besonders für Prekarität verantwortlich. Eugen führte des Weiteren die Situation der Betriebsratsarbeit aus und betonte die Wichtigkeit dieser, um den Beschäftigten zu helfen und den Missbrauch der Leiharbeit zu verhindern.

Der nächste Themenkomplex widmete sich den Tarifverträgen, der Überlassungshöchstdauer und dem AÜG. Hierbei zeigten sich erste Differenzen zwischen Positionen der LINKEN, der Gewerkschaft und der Betriebsratsarbeit. Kurz zusammengefasst betraf dies insbesondere die langfristigen Positionen. Einig war man sich in der Notwendigkeit, dass Leiharbeitskräfte die gleiche Bezahlung, inkl. tariflicher Sonderzahlungen, wie Festangestellte ab dem ersten Einsatztag bekommen. Einig war man sich zudem in einer Flexibilitätszulage von 10 % und dem Ausbau der Mitbestimmung von

Betriebsräten. Differenzen ergaben sich vor allem in der Frage, ob Leiharbeit verboten werden sollte und auf welche Überlassungshöchstdauer der Einsatz von Leiharbeitskräften begrenzt werden soll. Eugen stellte hier ganz klar heraus, dass die Leiharbeitgeber für einen Wegfall dieser Begrenzung sind. Eine entsprechende Petition wurde bereits vom Petitionsausschuss des Bundestages zur politischen Evaluierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) zugelassen. Daniela Kolbe betonte hierbei vor allem die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung von Leiharbeitskräften, um ihre Arbeitssituation zu verbessern und Missbrauch zu verhindern. Dabei blieb Stefans Frage unbeantwortet, warum Gewerkschaften eine längere Überlassungshöchstdauer, von zum Beispiel 48 Monaten in der Metall- und Elektroindustrie, zulassen; also mehr im AÜG mit 18 Monaten vorgeschlagen wird. Eugen erklärte, dass Leiharbeit durchaus ökonomisch seine Berechtigung in Auftragspitzen habe und für einige Menschen durch die Flexibilität Vorteile hätte. Das Publikum sah dies mehrheitlich etwas anders. Während der Diskussion wurde mithilfe von Abstimmungskarten ein Stimmungsbild eingeholt und dies zeigte, dass die Position der LINKEN dort eine Mehrheit hatte. Ein anwesender Gast fragte zu Recht: „Für welchen Wohlstand arbeiten die Leiharbeiter und wer profitiert davon?“

DIE LINKE tritt für eine Überwindung atypischer Beschäftigungsverhältnisse ein, denn, so Jan Richter, insbesondere in Krisenzeiten zeigen sich die Negativmerkmale der Leiharbeit, nämlich durch schnellere Entlassungen und geringerer Kündigungsrechte sowie eine geringere finanzielle Absicherung. So fragte Stefan zurecht, ob es in den laufenden Tarifverhandlungen der Leiharbeitsbranche den Ansatz gebe, eine Inflationsausgleichsprämie nach dem Vorbild der Metall und Elektroindustrie zu verhandeln. Eugen meinte dazu, dass in den abgeschlossenen Verhandlungen zu den Entgeltgruppen 1 und 2 keine solche Prämie verhandelt wurde. Dafür gab es prozentuale tabellenwirksame Erhöhungen von über 20 %. Hierbei gibt es zwei Umstände anzumerken. Dieser hohe Abschluss lag vor der konzertierten Aktion von Kanzler Scholz und er wurde durch die Mindestloohnerhöhung erzwungen. Man darf also gespannt sein, ob in den Verhandlungen für die Entgeltgruppen 3 bis 9, die Mitte Dezember weiter geführt werden, ähnlich

hohe tabellenwirksame Erhöhungen erzielt werden. Was sogar wünschenswerter wäre als eine abgabenfreie Einmalzahlung, da nur die echten Lohnerhöhungen in die Sozialversicherungen einzahlen.

Fakt ist: Auch wenn die schlimmste Zeit der deregulierten Leiharbeit überwunden ist und erste Erfolge zur Verbesserung errungen worden, darf sich damit nicht begnügt werden. Die Kapitalseite arbeitet wieder an der Deregulierung der Leiharbeit und der Anstieg von Werkverträgen und Clickworking

zeigt auf, dass auch andere Formen der flexiblen Nutzung der Ware Arbeitskraft genutzt werden. Auch wenn Kollegen und Kolleginnen in der Pflege freiwillig den Weg in die Leiharbeit gehen, dann nur, weil die Situation in den Stamarbeitsverhältnissen politisch so miserabel gemacht worden ist. Und auch hier, so Konsens des Podiums, zeigen sich erste Mängel wie fehlende Prüfung und Kontrolle, die Gefahr pflegerischer Versorgung und weitere Spaltung der Belegschaft.

DIE LINKE kämpft entschieden für die Leih-

arbeiterinnen und Leiharbeiter und deren Interessen. Mit den Betriebsräten und mit den Gewerkschaften. Der Konsens in einem Teil der Sofortmaßnahmen zeigt: Wir sind so stark, wie wir einig und so schwach wie wir gespalten sind. Jedoch ist es auch die Aufgabe der LINKEN Bündnispartner kritisch-solidarisch zu begleiten. Denn: „Wenn die Gewerkschaften nicht zum Kampf gegen die Übergriffe des Kapitals geschaffen worden sind, wozu sind sie dann geschaffen?“ (F. Engels, MEW 19, 258)

Kommunismus auf Steirisch

Christian Annecke Zur Kommunalpolitik der KPÖ Graz

Die zweitgrößte Stadt und ein schnellwachsender Ballungsraum Österreichs, dazu noch Universitätsstadt und Weltkulturerbe: Graz. Eine wunderschöne Stadt in der Steiermark, welche am 26.09., zeitgleich zur Bundestagswahl, ein „Beben“ und einen „Hammerschlag“ erlebte. Diese Bezeichnungen der Presse kulminierten zur ironischen Betitelungen „Leningraz“. Doch was war passiert? Nichts weniger als ein, so die Presse, „Triumph für die Kommunisten“. Die Grazer KPÖ hat etwas geschafft, was seit Jahrzehnten undenkbar erschien: Als kommunistische Partei die stärkste Kraft in den Gemeinderatswahlen, inklusive der Wahl von Elke Kahr (KPÖ) zur Bürgermeisterin. Die KPÖ verbesserte ihr Ergebnis um ganze 8,50 % auf 28,84 % und stellt seitdem 15 der 48 Mandate im Gemeinderat. Zusammen mit der SPÖ und den Grünen führt sie die Stadtregierung an und bildet somit eine Singularität in Europa. Elke Kahr und die KPÖ genießen seitdem überregionale Presseberichterstattung und selbst die New York Times titelte: „In Austria, a Communist wins over a city by solving problems.“ Solving Problems, also Probleme lösen fasst zusammen, was die KPÖ seit den 80er Jahren zu ihrer Kernstrategie ausgebaut hat.

Elke Kahr sagte kurz nach der Wahl: „Wenn jemand fragt, was in Graz anders wird: Unser Blick wird nicht von oben sein, sondern von unten.“ Die KPÖ hat in den letzten 30 Jahren, trotz massiver Schwäche auf der Bundesebene und der Implosion der realsozialistischen Staaten, in kontinuierlicher hartnäckiger Kleinarbeit den Aufbau einer nützlichen Partei für das tägliche Leben vorangetrieben. Das bedeutet: Mieternotruf, Hilfsfonds, Einsatz für Mieter in Gemeindewohnungen; kurz: da kämpfen, wo das Leben ist. Das Ziel ist es, die Arbeiterbewegung mit neuem Leben zu füllen.

Die Arbeit der KPÖ besteht aus drei Hauptthemenbereichen:

1. Wohnpolitik. Die KPÖ setzt konsequent

auf ihr Hauptthema die Miet- und Wohnungsfrage. Durch gute und authentische Kommunalpolitik der Stadträte Ernest Kaltenecker und Elke Kahr wurde Mieter und Mieterinnen direkt und unkompliziert geholfen. Dies umfasste nicht nur den konsequenten Aufbau von Mieterinitiativen, Stadtteilarbeit und Ausbau von Gemeindewohnungen, sondern vor allem einen Mieternotruf, eine Rechtsberatung und einen Rechtshilfefond bei Mietstreitigkeiten.

2. Direkte Hilfe: Die Sozialberatung der KPÖ ist besonders erwähnenswert. Es werden nicht nur regelmäßige Sprechstunden mit Bürgerinnen und Bürgern angeboten (bis hin zur regelmäßigen Sprechstunde bei der Bürgermeisterin Elke Kahr), sondern in den Sprechstunden konnten die Grazer direkt und unkompliziert Solidarität und konkrete finanzielle Hilfe erfahren. So wurden in den letzten Jahren mehrere Millionen Euros umverteilt und die Grazer Bürger unterstützt. Die Anliegen sind hierbei so vielseitig wie das Leben selbst. Fehlendes Geld für eine Kautions, die Klassenfahrt der Tochter, die kaputte Waschmaschine oder der nicht leistbare Umzug in eine neue Wohnung. Elke Kahrs Credo ist: „Man muss das Problem, das Anliegen zu seinem eigenen machen.“ Mittel- und langfristig werden Menschen hierdurch vor allem durch konkrete Beratung, finanzielle Hilfe und praktische Solidarität aktiviert, mobilisiert und demokratisch inkludiert. Sie werden, so Elke Kahr, nicht eher aus der Beratung weggeschickt, bis das Problem wenigstens kurzfristig gemildert sei. Hierbei betont Kahr, dass die Betroffenen zu Beteiligten gemacht werden müssen; damit sich etwas grundlegend ändert.

3. Abgeordneten-/Funktionärsverhalten: Die Mandatsträger der KPÖ bekommen einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn, so auch die Bürgermeisterin Elke Kahr. Es werden 2/3 des Nettoeinkommens in den Sozialfonds umgeleitet und über die Spenden legt die KPÖ weiterhin regelmäßig in Pressekonferenzen Rechenschaft ab. Die

KPÖ Funktionäre spenden jedoch nicht nur, sondern sind als authentische Sozialfiguren im alltäglichen Leben der Menschen wahrnehmbar, ansprechbar, nachvollziehbar und schaffen es hierdurch überdurchschnittlich oft Bürger für soziale Anliegen zu mobilisieren und zu aktivieren.

Die Erfolge der KPÖ, seit ihrer Wahl im September, bestehen beispielsweise aus dem Ausbau demokratischer Ämterbesetzungsverfahren, transparenterer Kommunalpolitik, der Ausweitung und Verbesserung einer SozialCard, der Aussetzung von Miet- und Betriebskostenerhöhungen in Gemeindewohnungen, der Nichtanhebung von Müll- und Kanalgebühren und des Einfrierens der ÖPNV-Preise. Weiterhin wurde ein Sozialkautionsfond eingerichtet und Wohnungen rekommunalisiert. Trotz, oder vielleicht sogar wegen, ihrer starken Fokussierung auf die Kommunalpolitik betont die KPÖ dennoch stets die beschränkten Möglichkeiten der kapitalistischen Kommunalpolitik. Auf Demonstrationen, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und in Presseinterviews ist zu lesen: „Weil wir etwas ändern können! Mieten runter, Löhne rauf!“, „Haltung zeigen, Hoffnung geben!“ oder „Eine der wesentlichen Ursachen, warum es soziale Verwerfungen, Kriege aber keine Umverteilung gibt, ist das Profitstreben.“

Die KPÖ versucht ihren Weg in ihren kleinen Möglichkeiten weiterzugehen. Sie probiert über herkömmliche technokratische bestehende Verwaltungsroutinen hinauszugehen und etabliert durch starke Bündnisarbeit in der Stadtgesellschaft und der Nutzung von Instrumenten der Umverteilung erste Elemente einer radikalen Kommunalpolitik. Dies mag als linke Caritas verspottet werden, doch dieser Weg ist vielleicht ein Exemplarbeispiel des ‚zurück zum kommunistischen Handwerk‘. Das heißt: Solidarität leben, Vertrauen zurückgewinnen, erste strukturelle Alternativen aufbauen und vor allem: Machen und Helfen, statt lediglich zu reden.

Schornsteinrückbau befördert die Erneuerung der Stadtwerke-Zentrale

Siegfried Schlegel Als ehemals notwendiges Bauwerk der stadttechnischen Infrastruktur gehörte der Industrieschornstein des Heizkraftwerkes auf dem Areal des vormaligen Gaswerkes Max Reimann zum Stadtbild und prägte wegen seiner Höhe von 170 m für Jahrzehnte Leipzigs Skyline mit. Die Höhe des Schornsteins ergab sich trotz der Nähe zum „nur“ 90 m hohen Völkerschlachtdenkmal aus der ohnehin vielfältigen Belastung der unmittelbaren Umgebung solcher Industrieanlagen auch Lärm und Gerüche etwas abzumildern. Der Schornstein wurde zwischen 1984-86 in Stahlbeton-Gleitbauweise durch Bauleute vom Betrieb Kühlturmbau Leipzig geplant und errichtet, der zum VEB Spezialbaukombinat Magdeburg gehörte. Mit dieser Technologie wurden neben zahlreichen Schornsteinen auch der Rohbau des Universitätshochhauses (Uni) 1969-1970 und die Büchertürme an der Deutschen Bücherei der Deutschen Nationalbibliothek in den 1980-er Jahren errichtet. Bei dem 1970/71 in Gleitbauweise errichteten Wohnhochhaus Wintergartenstraße (Wiga) wurden gedämmte Außenwandplatten in Sichtbeton in die Gleitschalung eingelegt, so dass die 3-schichtige Außenwand bereits während des Gleitprozesses der Stahlbetontragschicht entstand. Zeitaufwändiger mussten anschließend mit absenkenden Schalungen die Decken im Uni-Hochhaus und im Wohnhochhaus (Wiga) eingebaut

werden. Das Hauptproblem insbesondere bei Schornsteinen ist, dass diese bautechnisch desolat werden, wenn sie nicht dazu genutzt werden, wofür sie gebaut wurden, nämlich der Ableitung von Abwärme sowie Abluft und wegen ihrer großen Höhe bis außerhalb der Region in obere Luftschichten. Deshalb musste auch der mit rund 150 m Höhe für Jahrzehnte höchste Ziegelschornstein Europas am einstigen Dimitroff-Kraftwerk in der Nähe des Hauptbahnhofes an der Eutritzscher Straße, abgetragen werden, obwohl er unter Denkmalschutz stand.

Über mehrere Jahre wurde der stillgelegte Schornstein als Funkmast zwischengenutzt bis dieser vom 198 m hohen Funkmast im Messegrund ersetzt wurde. Dadurch entfallen langfristig erhebliche Unterhaltungskosten für den Schornstein. Der neue Funkturm orientiert sich in der Erscheinung bewusst am Pariser Eiffelturm, was im städtischen Gestaltungsforum vorgeschlagen worden war. Im Gegensatz zum massiven Stahlbetonschornstein stellt die Metallleichtbaukonstruktion des neuen Funkmastes trotz der doppelten Höhe keine so große Konkurrenz zum kompakten Völkerschlachtdenkmal in der Nähe dar. Die Stadtwerke wollen die Verwaltung und Dienstleistungen auf dem industriehistorisch für Leipzig bedeutsamen eigenen Areal zentralisieren. Auf dem Areal des ehemaligen Heizkraftwerkes

Arno-Nitzsche-Straße werden gezielt ehemalige Industriegebäude umgenutzt, was wichtiger Teil der Erneuerungsstrategie des Gewerbeareals ist. Genannt seien beispielhaft die zwei Panometer für kulturelle und Ausstellungszwecke (von ehemals 4 Gasbehältern) oder eine Industriehalle neben der neu gebauten Asylbewerberunterkunft, die teilöffentlich als kulturelle Begegnungsstätte nachgenutzt wird. Ein weiteres mehrgeschossiges Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft des Schornsteins soll nachgenutzt werden. Eine weitere ehemalige Industriehalle wird durch die Stadtwerke seit der Sanierung bereits selbst genutzt. Die Neubauten orientieren sich in Kubatur und Farbgebung an den roten Klinkerfassaden in der Umgebung trotz ihres Charakters als moderne Verwaltungsbauten. Auch auf dem benachbarten Areal des Mitteleuropäischen Rundfunks mit Zentrale und Studios wurden Gebäude des ehemaligen Schlachthofes mit ihren markanten ockerfarbenen Klinkerfassaden nachgenutzt. Darauf wurde mit der Farbgebung der Fassaden an mehreren Neubauten Bezug genommen. Durch den Schornsteinabriss wird Baufreiheit für die weitere Umgestaltung des Gewerbeareals geschaffen. Da ich selbst aktiv als Bauarbeiter schon in der Ausbildung und Jahrzehnte als Bauingenieur sowie Fachpolitiker an der Errichtung zahlreicher Gebäude und baulichen Anlagen in der Stadt und der Region

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im November

Schul- und Kitabau wird fortgesetzt

In Altwest wird das ehemalige Friesenkrankenhaus zu einem 3-zügigen Gymnasium umgebaut, wofür der Planungsbeschluss gefasst wurde. Für den Neubau der Gemeinschaftsschule Dösner Weg mit 2-Feld-Sporthalle mit 5-zügigem Gymnasium, 5-zügiger Ober- und 3-zügiger Grundschule wurde der Baubeschluss gefasst. Beschlossen wurde die Auszahlung überplanmäßiger Aufwendungen durch Baukostenerhöhungen für mehrere Grund-, Oberschulen sowie berufliche Schulen und Gymnasien. Außerdem wurde der Baubeschluss für den Neubau einer Jugendhilfeeinrichtung in der Leipziger Straße in Böhlitz-Ehrenberg gefasst.

Abriss von Kitas geht weiter

Aus städtebaulicher und baufachlicher Sicht ist der Abriss von Kitas nicht nachvollziehbar. Das zeigt sich erneut beim einstimmigen Beschluss, die Kita Nordstraße, die in monolithischer Ziegelbauweise mit Stahlbetondecken herzustellen, deren Gruppenräume

und die Freifläche nach Süden ausgerichtet ist. Eine Nachverdichtung ist sinnvoll und geboten. So könnten die mehrgeschossigen Blockränder entlang der Pfaffendorfer bzw. Nordstraße durch Anbauten mit den vorgesehenen zusätzlichen Nutzungen nach Süden verlängert werden, was den Schallschutz für die Kita verbessern würde.

Fachplan Wohnungsnotfallhilfe 2023-2026

Nach intensiver Beteiligung bei der Erarbeitung der Vorlage der auf diesem Gebiet tätigen Sozialträger sowie dem Netzwerk AG Recht auf Wohnen, welche die Stadt bei der Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgabe „Verhinderung von Obdachlosigkeit“ unterstützen, wurde der Fachplan Wohnungsnotfallhilfe beschlossen.

Ohne Nennung der Urheberschaft hatte die Fraktion Bündnis 90/Grüne Ergänzungsvorschläge eingebracht, welche in der AG Recht auf Wohnen diskutiert worden waren.

Neues Bürgerzentrum Grünau

Nach kontroverser Diskussion, die nicht immer von Orts- und Planungskenntnis getragen war, stimmte der Stadtrat mit dem Grundsatzbeschluss zum Neubau eines Bildungs- und Bürgerzentrums und einer wettbewerbsfähigen 3-Feld-Sporthalle in der Stuttgarter Allee im Grünauer Wohnkomplex IV zu. Diese entstehen auf den Standorten des bisherigen eingeschossigen Klubhauses „Völkerfreundschaft“ sowie 2-geschossigen Typen-Dienstleistungseinrichtungen wie der Bibliothek.

Diese Einrichtungen werden auch in die mehrgeschossigen Neubauten integriert, was einen ausnahmsweisen Abriss der bisherigen Gebäude rechtfertigt. Die Völkerfreundschaft wurde einst als Wohngebietsgaststätte um 1980 gebaut. Nach der Fertigstellung sollte es als Bauarbeiterkulturhaus genutzt werden, bis es schließlich ein Jugendklubhaus mit Mehrgenerationen-Begegnungsstätte für das ganze Wohngebiet

Leipzig sowie darüber hinaus direkt und indirekt beteiligt war, vermag ich zu ermessen wie viel Kraft, Können und Mühe auf dem Bau trotz Technik und industrieller Bauweisen nötig sind. Deshalb sind die aktuellen Diskussionen wegen des Klimawandels um die sogenannte „graue Energie“ nur ein Teil der Wahrheit. Mit dem Abriss von Bauwerken wird immer noch viel zu oft auch vergegenständlichte Arbeit bzw. Lebensleistung der Bauleute vernichtet. Hinzu kommen die Kosten und Aufwendungen für Abriss und Wiederaufbau.

Deshalb habe ich mich seit 1990 auch als Kommunalpolitiker der Linksfraktion aktiv für den Erhalt und Nachnutzung durch gezielten Umbau und Anbauten eingesetzt. Erst langsam hatte in den zurückliegenden Jahren in der Verwaltung und bei wenigen Stadträten ein Umdenken eingesetzt. Meine Fachkompetenz konnte ich unterstützend auch beim Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE zu einem Nachnutzungsgebot für Gebäude und baulichen Anlagen einbringen, der zwar beschlossen wurde aber noch zu viele Schlupflöcher zulässt. Vieles wird durch die Politik bestimmt, aber vieles letztendlich durch das Leben. Als Jury-Mitglied bei städtebaulichen Gutachterverfahren/Architektenwettbewerben, konnte ich mich auch beim Stadtwerke-Areal für Funktionalität und eine gute Gestaltung einbringen. Auf dem Areal des ehemaligen Kraftwerkes Ernst Thälmann an der Bornaischen Straße entsteht mit einem markanten und die bau-

liche Umgebung überragenden Speicherbauwerk das neue Heizkraftwerk Süd, das für sich selbst sprechen kann. Auch hier hat das Gestaltungsforum Empfehlungen gegeben, wie es sich durch eine attraktive Gestaltungen selbstbewusst präsentieren kann. Bereits Mitte der 1990-er Jahre war das durch einen vom Planungsausschuss geforderten Fassadenwettbewerb beim neuen Heizkraftwerk Nord in der Eutritzscher Straße gelungen, da sich Kubatur und Höhen der Bauwerksteile bei vielen Industriebauwerken aus der späteren Funktion ergeben.

Die Stadtwerke wollen zügig die Erneuerung des Areals fortsetzen und dafür rechtzeitig Baufreiheit schaffen. Deshalb hatten sie aus eigener Initiative das Vorhaben ausführlich im Stadtbezirksbeirat in seiner Sitzung am 7. September vorgestellt und vorab die Anwohnerschaft durch Presse und Anschreiben informiert. Im Stadtbezirksbeirat wurde der Abriss des Schornsteins nicht als Verlust thematisiert und auch keine Bedenken zur Technologie der Sprengung geäußert. Den Mitgliedern des Stadtbezirksbeirates ist aber die direkte Einbeziehung der Anwohner wichtig. Bereits einen Tag später konnten sich die Anwohner erneut an Schautafeln und Gesprächen mit verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtwerke sowie der Thüringer fachkompetente Spezialabbruchfirma über die Sprengung ausgiebig informieren. Es ist nicht die Regel, dass Bedenken – auch weil noch ausreichend Zeit besteht – in Ruhe geprüft und ausge-

räumt werden. Im Wissen um seine wichtige Funktion war der Schornstein in den benachbarten Stadtquartieren in Connewitz, Marienbrunn oder Zentrum Süd akzeptiert, wo er von vielen Standorten sichtbar war. Noch mehr trifft dies nunmehr wegen seiner attraktiven Erscheinung auf den neuen Funkmast zu. Dieser ist Teil des Weichbildes der Stadt von Süden geworden.



Fotos: Siegfried Schlegel

wurde. Streit gab es um die Errichtung der notwendigen Mindestanzahl von Stellplätzen. Es sollte an die ursprüngliche Planung Grünaus erinnert werden, die an den Rändern von Wohnkomplexen, so auch im WK IV sogenannte „Parkpaletten“ für 2 Parkebenen vorsahen, aber aus Sparsamkeitsgründen nur als Parkplätze gestaltet wurden.

Weitere Umsetzung Zoo-Masterplan

In Umsetzung des gleichnamigen Masterplanes „Zoo der Zukunft“, hat sich der Leipziger Zoologische Garten zu einem der drei Besten in Europa entwickelt. Durch einstimmigen Stadtratsbeschluss wurde die zeitliche Umsetzung präzisiert und das Finanzierungs-konzept auf die aktuelle Kostenentwicklung und den Mittelabfluss angepasst.

So sollen neben Infrastrukturinvestitionen auch die 3 Themenwelten Terrarium, Feuer-land und Asiatische Inselwelten Teil 1 und 2 mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 68 Mio. Euro realisiert werden.

35 Jahre Friedliche Revolution 2024

Einstimmig wurde im Stadtrat beschlossen, den 9. Oktober im kommenden Jahr den 35. Jahrestag Friedliche Revolution in Leipzig in herausragender Weise mit Festakt im Gewandhaus, einem Friedensgebet in der Nikolaikirche und dem Lichterfest in der Innenstadt mit einem Gesamtkostenrahmen von 1,8 Mio. Euro zu begehen. Es sollen auch reichlich 1 Mio. Euro Drittmittel bei Bund und Land eingeworben werden.

Bewerbung Theater-Festival 2025

Mit 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschloss der Stadtrat die Leipziger Bewerbung zur Austragung des 12. Festivals „Politik im Freien Theater“. Veranstalter ist die Bundeszentrale für Politische Bildung in Kooperation mit den Leipziger Theatern LOFFT - DAS THEATER der Schaubühne, dem Schauspiel, dem Theater der Jungen Welt und dem Westflügel. Und stellen dafür insgesamt 300 tausend Euro in 2024/25 bereit. Außerdem beschloss die Stadt die

Unterstützung im Themenjahr 2024 „150 Jahre GRASSI-Museum für Angewandte Kunst, sowie für 2025 Themenjahr „Buch“.

Umbenennung Turmgutstraße in Boris-Romantschenko-Straße

Mit 33 Ja- bei 17-Neinstimmen und einigen Enthaltungen stimmte der Stadtrat dem Änderungsantrag der Linksfraktion zur Umbenennung der Turmgutstraße in Boris-Romantschenko-Straße zu. Damit setzte die Ratsversammlung ein Zeichen „gegen den Krieg der russischen Regierung in der Ukraine“, wie Linksstadträtin Beate Ehms anmerkte. Ursprünglich wollte Kai Arnold durch eine Bürgerpetition die Shukowstraße nach Boris-Romantschenko umbenennen, was nur als Versuch gewertet werden kann, die sowjetischen Kriegsoffer und Leistungen der Sowjetunion bei der Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus und den Vassallenregierungen herabzuwürdigen. Auch die Bewohner der Shukowstraße hatten die Umbenennung abgelehnt.



Für ein sozial gerechtes Leipzig

Redaktion MiB Thomas Fabian wurde auf eigenen Wunsch während eines Empfangs am 14. November im Begegnungszentrum der Asylbewerberunterkunft in der Arno-Nitzsche-Straße durch den Oberbürgermeister Burkhard Jung und zahlreiche Gäste feierlich verabschiedet. 16 Jahre war er als Bürgermeister für die Themen Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule verantwortlich. Ein guter Anlass die langjährigen und engagierten Wegbegleiter aus der Stadtratsfraktion DIE LINKE Margitta Hollick und Rüdiger Ulrich, die auch viele Jahre über berufliche Erfahrungen als Lehrer und Schulleiter besitzen sowie Siegfried Schlegel als Diplomingenieur in bauleitenden Funktionen über gemeinsam Erreichtes und die Zusammenarbeit mit Bürgermeister Prof. Fabian zu befragen.

Nach Jahren der Schrumpfung und Stagnation der Bevölkerungsentwicklung stiegen nach 2010 die Zahl der Kinder durch steigende Geburtenzahlen und Zuzug von Familien mit Kindern und damit der Bedarf an Kitaplätzen und Klassenräumen stark an.

Wie haben Verwaltung sowie die Stadträtinnen und Stadträte diese Herausforderungen angenommen und gemeistert?

Margitta Hollick: Seit 2006 war Prof. Fabian Bürgermeister für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule. Das war eine Zeit, in der Leipzig jede 3. Schule geschlossen war, die Arbeitslosenquote bei ca. 10 % lag und es fast 40 000 Bedarfsgemeinschaften gab. Eine schwierige Zeit mit großen Herausforderungen.

14 Jahre habe ich mit Prof. Fabian konstruktiv und vertrauensvoll zusammengearbeitet und natürlich ging das auch nicht ohne Diskussionen und Kritik ab - aber immer offen und ehrlich. Wir Linke wussten, die Schulpolitik ist ein wichtiges Feld und Schulschließungen waren mit uns nicht zu machen. Wir wussten auch, dass die Schulinfrastruktur verschlissen war: Investitionen waren notwendig. Bis 2010 wurden jährlich nicht mal 20 Mio. € dafür eingesetzt - bei einem Sanierungsstau von 450 Mio. €. Dann kam das Umdenken.

2017 mit einem Bauprogramm von 250 Mio. €. Gleichzeitig beschloss der Stadtrat, dass in den folgenden 10 Jahren 130 Maßnahmen in Einheit von Neubau-Sanierung - Instandhaltung umgesetzt werden sollen. Dieser Prozess geht weiter und ist auch in den nächsten 10 Jahren nicht abgeschlossen. Die Geburtenrate war 2006 schon so hoch, dass klar war: Wir brauchen die „alten“ Schulen und viele neue. In der Amtszeit von

Prof. Fabian gab es 7 Fortschreibungen von Schulentwicklungsplänen, was den „Leidensdruck“ zeigte, denn jeder Schülerin und jeder Schüler brauchte einen Schulplatz. Ein Verdienst von Prof. Fabian war es auch, dass 2010 ein abgestimmtes Kommunales Bildungsmanagement durch die Teilnahme am Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ aufgebaut wurde. Seit 2010 gibt es einen Bildungsreport und seit 2011 fanden regelmäßig Bildungspolitische Stunden im Stadtrat statt. Alle Maßnahmen hatten das Ziel, die an Bildung Beteiligten und Interessierten zu aktivieren, um Veränderungen einzuleiten. Das lebenslange Lernen stand im Mittelpunkt. So wurde die Berufsberatung in der Stadtbibliothek rege genutzt.

Für mich unvergesslich, weil es mich innerlich sehr bewegt hat, waren die Bürgerversammlungen zu den Flüchtlingsunterkünften. Prof. Fabian und Frau Kador-Probst schilderten die Notwendigkeit der Unterbringung von Flüchtlingen aus Afghanistan, Syrien, Eritrea. Nur wenige BürgerInnen unterstützten dort offen die Beiden. Hass, Feindseligkeit, Unverständnis, Androhung von körperlicher Gewalt mussten sie erleben. Beide blieben ruhig, sachlich und standhaft. Das habe ich bewundert. Umso schöner und wichtiger war es, die Aktivitäten der Vereine und Kirchen danach zu erleben. Meine Aufzählung ist nicht vollständig. Es gäbe noch eine Menge zu berichten über das Engagement von Prof. Fabian zum Kinderschutz, zur Senkung und Verhinderung von Obdachlosigkeit, zur Umsetzung der Integrationsverordnung für Menschen mit Behinderung, zum Familieninfobüro, zum Bewältigen der Corona-Impftätigkeit - und auch die Aufzählung ist nicht vollständig. Mein Beitrag sollte „Danke Prof. Fabian“ für 14 Jahre Bürgermeistertätigkeit zum Wohle der Stadt Leipzig und ihrer Bürgerinnen und Bürger sagen.

Rüdiger Ulrich: Ich war in den Jahren stellv. Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses und insofern ebenfalls mit diesen Themen stark konfrontiert. Zwischen dem Genossen aus der SPD und dem Genossen der Partei DIE LINKE entwickelte sich mit der Zeit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir saßen oft zusammen, um im Vieraugengespräch die anstehenden Probleme zu diskutieren. Dabei waren wir nicht immer einer Meinung, wir entwickelten aber so ein Verständnis für die jeweils andere Position. Dadurch waren wir in unserem Handeln verlässlich und erkennbar.

Die Aufgabenvielfalt war enorm als Prof. Thomas Fabian 2006 das Amt antrat. Insbesondere im Bereich der Kindertagesstätten-

betreuung gab es akuten Handlungsbedarf. Seit 1996 stiegen die Kinderzahlen wieder kontinuierlich an. Es wurden noch Einrichtungen geschlossen, aber da wussten wir bereits, dass der Bedarf in naher Zukunft nicht mehr gedeckt werden kann. Auf diese Situation wurde viel zu spät reagiert. Die kostengünstigere Tagespflege sollte es richten, konnte den Babyboom aber nicht auffangen. 2007 brachte Prof. Fabian dann das Entwicklungskonzept für das Kindertagesstättenetz ins Verfahren. Ziel war es, bis 2020 das Problem zu lösen. Insbesondere die Linksfraktion hat sich mit verschiedenen Initiativen immer wieder dafür eingesetzt, dass die Stadt ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochwertiges Angebot an Kitaplätzen zur Verfügung stellt. Anfangs fehlten die Finanzierungsmöglichkeiten, um die notwendigen Investitionen tätigen zu können. Heute nach 15 Jahren stehen auch auf Grund der Unterstützung der freien Träger der Jugendhilfe ausreichend Plätze zur Verfügung. Ca. 80 Einrichtungen wurden dafür neu gebaut.

Die Stärkung der Familienfreundlichkeit in Leipzig war Prof. Fabian ein besonderes Anliegen. Ausgehend von einem der strategischen Ziele der Stadt, welches auf die „Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Kindern“ ausgerichtet war, wurde unter breiter Zustimmung des Stadtrates der Aktionsplan „Kinder- und familienfreundliche Stadt“ entwickelt. Die Ausschreibung eines Familienfreundlichkeitspreises, die Eröffnung eines Familieninfobüros, die Organisation eines Familien-Spiele-Festes oder auch Entwicklung von Familienzentren waren weitere wichtige Beispiele. Unterstützung war immer dann notwendig, wenn es darum ging, die einzelnen Elemente weiterzuentwickeln und dafür zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen. So konnte die Fraktion DIE LINKE mit Anträgen die Personalsituation im Familieninfobüro verbessern, und es gelang auch, die Anzahl der Familienzentren zu erhöhen.

Der Vielfalt des Aufgabengebietes ist es geschuldet, dass sich Prof. Fabian nicht allen Teilaufgaben mit gleich großer Intensität zuwenden konnte. Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit gehörte nicht unbedingt zu seinen Schwerpunktaufgaben. Allerdings konnte er sich hier auf einen starken Jugendhilfeausschuss verlassen. Im Verbund mit den Fraktionen von den Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD sorgte der Ausschuss im jährlichen Hickhack um die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit dafür, dass die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Träger der Jugendhilfe im Wesentlichen zur Verfügung gestellt wurden.

Siegfried Schlegel: Als Mitglied des Fachausschusses Stadtentwicklung und Bau, Stell. Vors. bzw. Vors. des Vergabeausschusses Bauleistungen und Aufsichtsrat der Leipziger Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft waren mir sowie den Stadträtinnen und Stadträten der Linksfraktion in den zuständigen Fachausschüssen der bauliche Erhalt und der gezielte Ausbau der kommunalen Infrastruktur ein wichtiges Anliegen bereits während der Berufsausbildung war ich am Bau von Kindergärten und Kinderkrippen sowie Schulen und Schulsportstätten direkt beteiligt. Nach dem Studium trug ich in bauleitenden Funktionen Verantwortung auf Großwohnungsbaustellen, wie Grünau und Neu-Paunsdorf.

Zeitgleich mit den Wohnungen wurden auch Schulgebäude und Kitas einschließlich der dazu notwendigen Freiflächen gebaut. Wegen unterschiedlicher Unterstellung in der Kommunalverwaltung waren die Kinderkrippen und Kindergärten zwar in einem Gebäude untergebracht, aber baulich getrennt. In den 1990-er Jahren ging der Bedarf bei Kita-Plätzen stark zurück. Deshalb hatte damals die PDS-Fraktion vorgeschlagen, entsprechend dem Kitaplatzbedarf freier werdende Gebäudeteile zu vermieten, um diese bei wieder wachsendem Bedarf für Krippen- bzw. Kindergartengruppen wieder zu nutzen. Dies wurde aber abgelehnt. Auch deshalb mussten in den letzten Jahren zusätzliche Kitas neu gebaut werden.

Obwohl es weder kapitalistischen noch sozialistischen Beton gibt, sollten nach 1990 viele zu DDR-Zeiten errichteten Wohn- sowie auch kommunalen Gebäude abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden. Nur Vertreter der Linksfraktion widersetzten sich dem Abrisswahn der Stadtratsmehrheit und der Verwaltung. Es war Prof. Fabian, der sich als erster beginnend bei der ehemaligen Arthur-Hoffman-Schule bzw. 3. Grundschule einer Sanierung und Nachnutzung nicht mehr verschloss. Nunmehr werden auch die zahlreichen multifunktionalen Typenschulgebäude saniert, umgebaut und mit neu gebauten Gebäudeteilen ergänzt. So waren doch trotz Warnung am Standort der Taroschule durch Abriss und Ersatzbauten mit notwendigen Sondergründungen unnötig mehrere Millionen Euro versenkt. Trotzdem ist der Abrisswahn bei Kitas in der Verwaltung noch nicht völlig überwunden, wie aktuelle Beispiele bei den um 1970 errichteten Kitas zeigen. Diese waren damals durch Lehrlinge im Rahmen der Ausbildung in unterschiedlichen Baugewerken errichtet worden. Somit werden Leistungen ehemals junger Bauleute missachtet. Mehrere Kitas wurden in den zurückliegenden Jahren auch in Verantwortung der städtischen Leipziger Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft neu errichtet. Einmal jährlich nahm der Sozialbürgermeister gemeinsam mit Stadträtinnen und Stadträten an einer Rundfahrt an

Schulbaustellen teil, um sich vom Baufortschritt auch persönlich zu überzeugen.

Prof. Fabian war immer auch für pragmatische und zunächst ungewöhnliche Lösungen zu haben. Da der Einzugsbereich der Förderschule für geistig Behinderte gesamtstädtisch ist und diese sich das Schulgebäude in Thonberg mit einer Regelschule teilte, sollte sie ein neues Schulgebäude in einem anderen Stadtteil bekommen. Schüler, Eltern und Lehrer wollten den Neubau aber in der Nähe des bisherigen Schulgebäudes bekommen und hatten sich dafür das Areal Curierstraße 3 ausgesucht. Dort sollte aber auch eine dringend im Stadtteil benötigte Kita gebaut werden. In einem Gespräch mit Prof. Fabian entstand die Idee, einen integrativen Standort mit Förderschule für geistig Behinderte und die Kindertagesstätte in gestapelter Form entstehen zu lassen. Dies konnte am Standort Curierstraße 3 so umgesetzt werden.

Vergleichbar war die Situation beim Schulcampus Ihmelsstraße im Leipziger Osten. So gab es auf Bürgerforen zum Fördergebiet „Soziale Stadt - Leipziger Osten“ auch die Forderung nach einem gymnasialen Standort als Beitrag zur Überwindung der sozialen Stigmatisierung. In einem Gespräch mit Prof. Fabian zu dem Vorschlag verwies dieser darauf, dass aber dringend im Osten eine weitere Oberschule benötigt wird. Auch hier kam die Idee, beide Vorhaben in Nachbarschaft zu verwirklichen. Als Vertreter des Fachausschusses Stadtentwicklung und Bau konnte ich als Sachpreisrichter im Architektenwettbewerb daran mitwirken, dass am Standort Ihmels-/Wurzner/ Krönerstraße mit dem zu sanierenden Gebäude der ehemaligen Hermann-Liebmann-Schule und Neubauten ein Schulcampus mit einer 4-zügigen Oberschule, einem 4-zügigen Gymnasium sowie nicht-schulischen öffentlichen Einrichtungen realisiert werden. Schrittweise werden weitere Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote angegliedert. Der Schulcampus soll sich für die umgebenden Stadtteile öffnen, schulische mit außerschulischen Angeboten verknüpfen und damit wichtige Impulse für die Entwicklung im Osten setzen. Bereits im April 2017 wurden die Planungen in einem vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (ASW), dem Amt für Jugend, Familie und Bildung und dem Quartiersmanagement Leipziger Osten organisierten Bürgerdialog mit dem Planungsbüro durchgeführt.

Wie hat die Stadt die Herausforderungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern/ Flüchtlingen sowie bei der Verhinderung von Wohnungslosigkeit als kommunale Pflichtaufgabe bewältigt.

Siegfried Schlegel: Bereits 2014 und 2015 waren kurzfristig durch die Stadt Asylbewerber-/Flüchtlings-Unterkünfte neu zu

schaffen, deren Betreuung durch die Ämter des Bereiches des Sozialbürgermeisters zu organisieren war. Diese sollten auf das Stadtgebiet verteilt werden und die soziale Integration befördern. Das Vergabegremium für Bauleistungen VOB sah es als seine Aufgabe an, unter Einhaltung der Vergabebestimmungen bei Ausnutzung der Sonderregelungen Vergaben gesetzeskonform vorzunehmen. Auch durch Sonder Sitzungen des Bauvergabegremiums oder Ausschreibungen mit drei Bietern konnten kurzfristig Vergabeentscheidungen vorgenommen werden. Neben umsetzbaren Bauten wurden ebenso nachhaltige Lösungen angestrebt, wie die Asylbewerberunterkunft in der Arno-Nietzsche-Straße, die auch als StudentInneninternat nachnutzbar ist.

In seiner letzten Stadtratssitzung im November, die Prof. Fabian zeitweise selbst leitete, wurde der Fachplan Wohnungsnotfallhilfe verabschiedet. Dieser wurde nicht nur von mehreren Ämtern der Verwaltung und Federführung des Sozialamtes mit Amtsleiterin Martina Kador-Probst erarbeitet. Nach einer Auftaktveranstaltung wurden auch Soziale Träger und auch das Netzwerk „AG Recht auf Wohnen“ in die weitere Diskussion einbezogen, bevor die Vorlage in den Fachausschüssen behandelt und in der Ratsversammlung beschlossen wurde. Als dienstältestes Mitglied vertrete ich in der AG Recht auf Wohnen die Fraktion seit 1993 aktiv. Prof. Fabian hat in den zurückliegenden Jahren persönlich den Tag der Wohnungslosen besucht und neben einem Grußwort auch an den Informationsständen Gespräche mit Vertretern der Sozialorganisationen direkt geführt, die Angebote für Wohnungslose bzw. von Wohnungslosigkeit Bedrohten in Leipzig anbieten.

Welche Projekte und Konzepte, die Prof. Fabian auf den Weg gebracht hat, müssen in den kommenden Monaten noch zu Ende gebracht bzw. beschlossen werden?

Rüdiger Ullrich: Im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2023/24 werden aktuell die Fördermittel für die freien Träger der Jugendhilfe neu vergeben. Sie dürften so schwierig werden wie eh und je allerdings nicht mehr unter Mitverantwortung des Bürgermeisters Fabian. Wie er selber sagt, hat er „das Gefühl, seine Aufgaben erledigt zu haben“. Dem kann man zustimmen, wobei er Partner suchte und auch fand.

Siegfried Schlegel: Auf einem guten Weg ist der Fachplan Seniorenarbeit, der Seniorenbeirat und seine Arbeitskreise, in dem neben Seniorinnen und Senioren auch Vertreter sozialer Einrichtungen und der Fraktionen als Mitglieder aktiv mitwirken, sind von Anfang an eingebunden. Mehrere Anregungen und Vorschläge wurden bereits in die Verwaltungsvorlage aufgenommen.



(Foto: Rolf Arnold / Schauspiel Leipzig)

Es war die Langeweile und nicht die Spannung

Daniel Merbitz „Romeo und Julia“ im Leipziger Schauspielhaus

Eigentlich eine sichere Bank für jedes Haus: Die tragische Liebesgeschichte zweier junger Menschen aus Verona. Doch die Neuinszenierung von „Romeo und Julia“ im Leipziger Schauspielhaus ging gründlich schief. Regisseurin Pia Richter misstraut William Shakespeare und der unbändigen Kraft dieses Dramas.

Bereits der Blick ins Programmheft macht misstrauisch: keine Rollenzuweisung, nur eine Nennung der Ensemblemitglieder. „Wir sind Romeo und Julia“ wird dann auf der Bühne proklamiert. Dort thront ein meterhoher rosa Riesent Teddy. Wenig später folgt ein „F*** Euch!“ Dann eine Ansprache ans Publikum: „Ist doch ein Problem, wenn Romeo aussieht wie Leonardo DiCaprio.“ Rosalind ist ein heutiges Girl auf der Suche nach einem Freund. Julia in rosafarbener langer Hose mit blauem Hemd und Weste erklimmt den Riesen-Teddy.

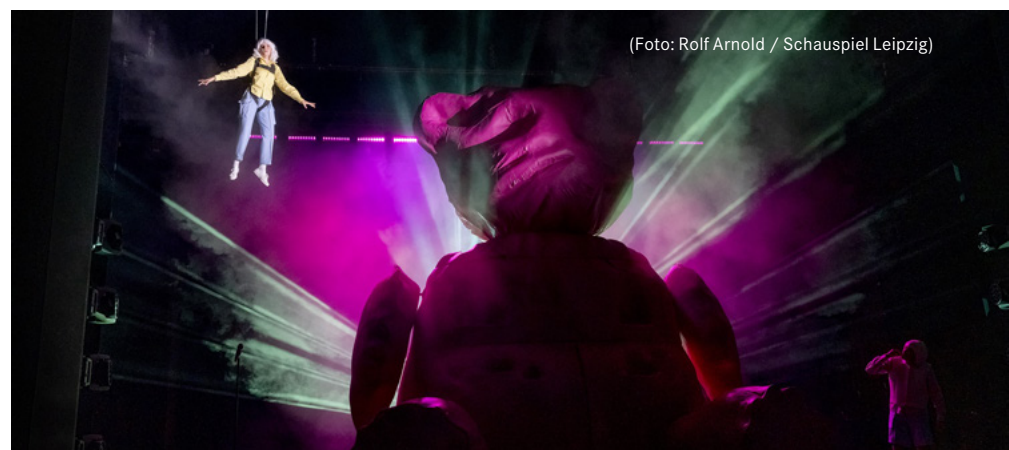
Einer der vielen Romeos erläutert, dass die Liebe nur Biochemie ist. Der Maskenball als 1990er Techno-Rave, mit DJ und hämmernden Bässen, dazu das leidliche Gegenblendlicht, der unvermeidliche Nebel und dazu Stroboskop-Gewitter. Romeo fordert: „Ich will unideologische Liebe.“ Man möge antworten: „Ich will keinen Regietheaterunsinn mehr.“

Die vielen Romeos und Julias und Nebenfiguren (kaum klar, wer was spielt) werden eingerahmt von Deklamationen soziologischer Diskurse nebst einer pauschalen Kritik an der „dysfunktionalen Hetero-Kernfamilie“. Wenn es in dieser verkorksten Inszenierung einen interessanten und durchaus ansprechenden Moment gibt, dann sind ist es die eindringlich vorgebrachten Ratschläge und Mahnungen von Pater Lorenzo. Später werden ironisch heutige Rollenbilder verhandelt: Ein junger Mann soll gut aussehen, aber nicht zu gut, kein „F***boy“. Was provozieren soll, erzeugt nur mitleidiges Gähnen.

Es gibt aber auch in der Langeweile ein kleines Heiterkeitsmoment, wenn dargelegt wird, dass der Mann im Anforderungsnetz der Frau gefangen ist. Am Ende wird der intellektuelle Holzhammer geschwungen,

indem der Pink-Teddy in blutige Organe zerlegt wird: Romantische Liebe ist eben nur ein fleischiges Organ. Chemie statt Gefühl. Desillusion als Ergebnis der Beschäftigung mit dem größten Liebesdrama der Theaterbühnen dieser Welt?

Und wenn nicht mehr feststellbar ist, wer Romeo und wer Julia ist und wie viele (gegen Ende wurden bis zu sieben Julias gesichtet), dann wird die dramaturgische Idee von William Shakespeare ad absurdum geführt. Diese Sicht ist legitim, aber dann sollte man es aber von vornherein kenntlich machen und nicht dem irritierten Publikum diese Dekonstruktion eines Klassikers als „Romeo und Julia“ von William Shakespeare verkaufen. Besser wäre der Zusatz: „nach Shakespeare“.



(Foto: Rolf Arnold / Schauspiel Leipzig)



Fotos: Kay Kamieith

FRAUEN.STIMMEN.ERHEBEN.SOLIDARITÄT.

Liliana Osorio de Rosen DIE ZUKUNFT IST WEIBLICH

WIR FORDERN: GLEICHHEIT - SCHUTZ - GERECHTIGKEIT!

Es regnete ununterbrochen am Freitag, den 25. November 2022, gegen 16 Uhr vor dem Volkshaus in Leipzig. Im Zeichen des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ versammelten wir uns trotz des kalten Wetters mit Gelassenheit und Solidarität. 200 Menschen, viele Frauen, einige mit Babys oder kleinen Kindern, waren gekommen, um die Kundgebung „Keine Gewalt an Frauen“ zu unterstützen. In der Menschenmenge waren auch Männer und Migrantinnen und Migranten. Die Autofahrer auf der Karl-Liebknecht-Straße konnten unsere kleine Bühne sehen. Eine Lichtkette aus 1043 Kerzen bildete ein klares Statement passend zum Motto „Trautes Heim - Leid allein“ von Terres des Femmes für das Jahr 2022. Die Kerzen leuchteten für die 1030 Frauen, die in Leipzig allein im vergangenen Jahr häusliche Gewalt erleben mussten. 13 zusätzliche Kerzen brannten zum Gedenken an die Femizide, die es ebenfalls 2021 in Leipzig gab. Transpis und selbst gemalte Plakate mit Symbolen und Parolen auf Deutsch, Arabisch, Persisch, Spanisch und Englisch erklärten, was die Anwesenden in Stille und Trauer vereinte: „NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN“ „STOP FEMICIDE“!

Doch wir wollten nicht leise sein, sondern weit gehört werden: „Gemeinsam patriarchale Gewalt bekämpfen!“ „Kapitalismus - Krieg und Krise? Unsere Antwort: Frauenrevolution!“ „Frauen wollen Freiheit“, „Change the Regime in Iran“, „Frauen sind kein Objekt für Sexismus“, „Mehr Respekt!“ lauteten unsere Forderungen auf der anschließenden Demo. In Begleitung der Polizei ging es zum Johannisplatz und von dort weiter zum Stadtteilpark Rabat. Deutsche und internationale Rednerinnen, Aktivistinnen, Sängerinnen und Studentinnen transportierten Botschaften über ihre Wut, Empörung und Trauer. Es erging ein eindringlicher Appell an die Regierenden weltweit und natürlich an die deutsche Regierung. Sie alle müssen viel mehr tun, um Frauen, Mädchen und Kinder vor Verschleppung, Folter, Gewalt und Ermordung zu schützen. Nicht nur in Ländern der sogenannten Dritten Welt werden Frauen und Mädchen getötet, weil sie als Frauen geboren wurden. Allein in Deutschland wird an jedem dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet. Wir Frau-

en sind kein Besitz. Wir sind Menschen und haben die gleichen Rechte wie Männer. Das hat diese Demonstration durch Leipzig getragen. Leider ist es – mehr als 100 Jahre nach dem Beginn des Kampfes der Frauen um ihre Rechte in dieser Stadt – noch immer nicht allen Menschen klar.

Die Frauenbewegung in Deutschland hat ihren Ursprung hier in Leipzig. Im 19. Jahrhundert haben Frauen wie Louise Otto-Peters, Henriette Goldschmidt und Auguste Schmidt sich auf den Weg gemacht, für ihre Rechte kämpfen. Frauen müssen zusammenhalten und aufwachen, vor allem auf sich selbst aufpassen. Die Gewalt der patriarchalen Gesellschaft regiert seit Tausenden von Jahren. Sie ist überall etabliert und präsent. Viele ihrer Opfer kennen ihre Rechte nicht. Nicht nur in der Familie erleben Frauen Gewalt, auch in Institutionen und Einrichtungen wie zum Beispiel Schulen, in den Medien und der Presse, in der Kirche und der Politik. Es wird ihnen verwehrt, in einer Gesellschaft mit feministischen Werten zu leben. Deshalb fordern wir einen kulturellen Wandel. Wir verlangen Haltung in der Politik gegenüber Frauenthemen, eine Mentalität der Würde sowie Bildung, Gleichheit, Schutz und Gerechtigkeit für alle Frauen und Mädchen dieser Welt. Niemand darf zögern, sexistische Gewalt und Femizide zu verurteilen, denn die Diskriminierung hier in unserer Mitte und überall auf der Welt verhindert eine friedliche Gemeinschaft und Gesellschaft. Wir ertragen nicht länger veraltete Gesetze und eine Justiz und Rechtsprechung, die Gewalt gegen Frauen und Mädchen immer wieder ausblenden oder als weniger verurteilenswert einstufen. Morde an Frauen werden trotz eines Gesetzes, das dies anordnet, nicht immer aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive untersucht. In patriarchalen Gesellschaften rund um den Globus bleiben Abertausende Tötungs- und Gewaltdelikte an Frauen immer noch straffrei. Wenn wir nicht gemeinsam etwas unternehmen, wird sich dies niemals ändern. Es reicht!

„Freiheit und Gerechtigkeit bestehen darin, den anderen zurückzugeben, was ihnen gehört.“

Olympe de Gouges (1748-1793)

Französische Revolutionärin, Frauenrechtlerin,
Schriftstellerin und Dramatikerin

Danksagung:

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Menschen für ihren Einsatz und ihre Solidarität bedanken, durch die unsere Kundgebung am 25. November 2022 friedlich verlaufen konnte. Ein besonderer Dank gilt Christine Rietzke, Manuela Grimm, Daniela Kolbe, Dr. Gesine Märten, Katharina Raschdorf, Susanne Scheidereiter, Birgit Said, Nori Blume, den deutschen und internationalen Rednerinnen, Aktivistinnen, Studentinnen, Terres des Femmes, der Frauenkultur, der AG Lisa, der Partei DIE LINKE Leipzig, dem DGB, Verdi, Frauen für Frauen e.V., Arezoo, Keine Mehr Leipzig, dem Taa' Movement, den Sängerinnen des Liedes „Canción: Sin Miedo“ Isabel, Marcela und Esmeralda sowie ihrem Chor und der Sendung Babilonia von Radio Blau Leipzig für die musikalische Untermauerung meiner Performance: „FRAUEN“.

Weiterer Dank geht an die Künstlerinnenvereinigung GEDOK/Mitteldeutschland e.V. und dem sächsischen Landesfamilienverband für Alleinerziehende SHIA e.V., unterstützt von der Nikolaikirchgemeinde, die am 21. November 2022 um 17 Uhr das Montags-Friedensgebet in der Nikolaikirche mit Kantor Markus Kauffmann (Orgel) und Vikar Maximilian Sossai sowie mit Statements von Dr. Gesine Märten, Staatssekretärin im Sächsischen Staatsministerium der Justiz sowie für Demokratie, Europa und Gleichstellung in Sachsen, Susanne Köhler, Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen; Genka Lapön, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Leipzig, und mit Bildern, Musik und Performances der GEDOK-Künstlerinnen Angelika Dietzel, Sylvia Gerlach, Katharina Zönnchen, Petra Herrmann, Sabrina Quintero, Kerstin Krieg, Brunhild Fischer und mit mir gestaltet haben. Mutter Erde, die Sonne, Blumen, Musik und Sprache sind weiblich. Ohne Frauen funktioniert weder eine Familie, eine Gesellschaft; eine Wirtschaft, eine Kultur, Politik, ja die ganze Welt nicht. Wenn Frauen leiden, verlieren wir das Gleichgewicht. Und deshalb ist jeder Tag (ein) Frauentag.



Das neue Z-Heft: Klassenbewusstsein reloaded

Christian Annecke und Alexander Schmidt

Der Themenschwerpunkt des aktuellen Z-Heftes steht ganz im Zeichen der Problematik des Klassenbewusstseins und der Frage nach Möglichkeiten zur Herausbildung eines kollektiven politischen Subjekts. Der Fokus liegt in diesem Heft ganz auf der Empirie und versammelt eine Reihe interessanter Studien, die aus unserer Sicht wichtiges Füllmaterial für eine seit Jahren klaffende Leerstelle nicht nur in der kritischen Sozialforschung, sondern auch linker politischer Theorie und Praxis.

Der Aufsatz von Yannik Pein bietet dem unbewanderten Leser zwar einen Abriss zum Forschungsstand des historischen und kontemporären Forschungsstandes, bietet dem sachkundigen Leser jedoch kaum Neues. Interessanter wäre die vom Autor selbst geforderte Studie nach förderlichen Ansatzpunkten für die Herausbildung eines politischen Klassenbewusstseins gewesen. Das Highlight des Bandes bilden die darauffolgenden empirischen Studien, welche nicht nur ein interessantes Design bieten, sondern sich darüber hinaus in ihren Daten und Ableitungen wechselseitig ergänzen. Detje und Sauer greifen die bei Pein nur am Rande aufgeworfene Fragestellung auf und zeigen anhand von kollektiven Widerstandserfahrungen, dass entgegen allen Beschwörungen von Fragmentierung und Singularisierung Ansätze für ein "kooperative Solidarität" sehr wohl gegeben sind. Der Beitrag von Linda Beck widmet sich der Frage nach Möglichkeiten einer "solidarischen Klassenpolitik" zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Lohnabhängigen und erforscht dazu das Alltagsbewusstsein von Lohnabhängigen. Damit greift sie nicht nur eine aus unserer Sicht wesentliche Leerstelle linker Theorie und Praxis auf, sondern vermag darüber hinaus mithilfe ihrer Ergebnisse eben jene im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu füllen. Maren Hassan-Beik beleuchtet in ihrem Artikel nach den sozialstrukturellen

Ursachen für den Widerspruch von sozialer und ökologischer Frage und untersucht dazu vergleichend die Krisenwahrnehmungen bei Fridays-for-Future-Demonstrierenden und Auszubildenden in der Automobilindustrie. Erschreckend dabei ist vor allem der Befund, dass die Befragten Auszubildenden einen hohen Grad an ideologischer Anpassung aufweisen und damit die Krisenwahrnehmung nicht in der Intensität ausfällt, in der sie sollte. Mesut Bayraktar hat in seiner Studie die Aspekte einer kontemporären klassenbewussten Literatur analysiert und liefert eine empfehlenswerte Überblick-

essanter Beiträge zur Lage und Entwicklung sozialer Bewegungen und der allgemeinen politischen Situation versammelt. Liegel und Kilroy setzen ihr "Streik-Monitoring" fort und können anhand ihrer Daten eine gewisse Normalisierung und Aktivierung von Arbeitskämpfen nach den Pandemie Jahren zeigen. Interessant sind dabei vor allem die Darstellung für Gesundheitssektor und ihre Thesen für kommende Auseinandersetzungen. Ebenso sind eine Reihe interessanter phänomenologischer Studien zu den Sozialprotesten im Herbst 2022 versammelt, deren Lektüre die Autoren jedem Interessierten ans Herz legen können. Zudem finden sich Aufsätze zur Situation der Linken in Chile nach der Zurückweisung des Verfassungsreferendums im September dieses Jahres von Dieter Boris und Analysen zum Rechtsruck um Ausgang der Wahlen in Italien von Stefano G. Azzara. Zudem durfte auch einer der Autoren dieser Zeilen erstmalig in einer wissenschaftlichen Zeitschrift mit einer empirischen Studie (DIE LINKE im Sinkflug?) zur Lage unserer Partei debütieren.

In einer Reihe weiterer Beiträge widmen sich Autoren wie André Leisewitz der sozialstrukturellen Entwicklung Deutschlands und Czeskleba-Dupont der Frage nach der Gewalt in der internationalen Politik. Zudem findet sich ein interessantes Interview mit dem Filmemacher Hermann Abmayr zur Problematik des Radikalenerlasses und seiner Folgen. Ebenso sind auch in diesem Heft Beiträge zur Marx-Engels-Forschung sowie Berichte über eine Reihe von Konferenzen und Tagungen als auch eine Vielzahl an Kommentaren, Buchbesprechungen, Diskussionen und Zuschriften versammelt. Schlussendlich bleibt damit nur noch zu sagen, dass sich auch das Dezember-Heft als Fundus wichtiger und interessanter Impulse für kritische Forschung und linke politische Praxis entpuppt, deren Bandbreite an Beiträgen hier nur schwer angemessen gewürdigt werden können.



und Einordnungsdarstellung, versäumt aber nicht den aktuellen Trend der "neuen Klassenliteratur" in Hinblick auf ästhetische Mittel, Merkmale und Grenzen ihrer selbst zu diskutieren.

Neben dem Themenschwerpunkt sind auch im Dezember-Heft erneut eine Reihe inter-

Systemfrage ade

Herbert Münchow Eine Erfolgsgeschichte ist sie nicht, die Linkspartei. Ekkehard Lieberam, der ihre Höhepunkte und noch mehr ihre Niederlagen von Anbeginn analytisch verfolgt, hat eine aktualisierte Fassung seiner Schrift zu "den Leiden der Linken und zum Leiden an der Linken" veröffentlicht, die in erster Auflage 2020 im pad-Verlag erschienen ist. Zehn streitbare Texte enthält sie, darunter neu eine bisher unveröffentlichte Niederlagenanalyse im Ergebnis der Bundestagswahl 2021.

Grund für die zweite Auflage sind die aktuellen Entwicklungen in der Linkspartei. Geht es dem Autor doch um die Darstellung der akuten Existenzkrise der Partei, die im Zeichen der Anpassung an die Außenpolitik der Ampel immer noch auf das Mitregieren orientiert ist, die Eintrittskarte NATO weiter bedient und sich dadurch von den Interessen der Lohnabhängigen endgültig verabschiedet. Im einführenden Vorwort wird dazu ausführlich argumentiert. Zu bewältigen sei die Krise nunmehr nicht mehr, bringt Ekkehard Lieberam den Niedergang der Partei auf den Punkt. Der "point of no return" wurde überschritten. Der letzte Messpunkt war die Zerreißprobe um die Bundestagsrede von Sahra Wagenknecht am 8. September 2022. Leider taucht der Begriff "Wirtschaftskrieg" gegen Russland, der hier von Bedeutung ist, nicht auf. Das nimmt der Polemik etwas die Schärfe.

Für den Autor steht fest, dass die Führungsriege der Partei die sozialen Kämpfe bewusst weitgehend isoliert von den Kämpfen gegen die Militarisierung der Außen- und Innenpoli-

tik führt. Ein erneuter Anlauf zu einer linken Partei dieses Typs, ob sie PDS oder Linkspartei heißt, ende unweigerlich wieder im etablierten Politikbetrieb. Das Projekt sei gescheitert. Die PDS und die Linke seien nie marxistische Parteien gewesen, aber sie verstanden sich anfangs als antimilitaristische Friedensparteien, forderten die Auflösung der NATO, an ihrer Stelle ein kollektives Sicherheitssystem und stellten die Systemfrage, von der heute unabänderlich abgerückt wurde. Die Folge: Erste Adresse des politischen Protestes bei Wahlen ist die Linkspartei schon lange nicht mehr, obwohl sie noch ein gewisses Mobilisierungspotential besitze. Wie kam es dazu? Warum wurde die Partei zu einem Instrument der Prellerei? Ekkehard Lieberam macht insbesondere die Herausbildung einer besonderen Sozialschicht von "Berufspolitikern und Parteiangestellten" dafür verantwortlich, die am Parteienstaat teilhaben und eigene Interessen entwickeln, die sich grundlegend von den Interessen der Lohnabhängigen unterscheiden. Sie sei der "Träger der Integrationsideologie", die aus dem parlamentarischen System erwächst. Nie seien die Gründe des Niedergangs wirklich ernsthaft in der Linkspartei diskutiert worden. Nie haben die spezifischen Existenzbedingungen einer Partei gegenüber einem politischen Verein in der Niedergangsanalyse eine Rolle gespielt.

Was tun? Ein neuer Anlauf zu einer sozialistischen Partei mit Massenanhang habe nur dann Sinn, so der Autor, wenn dies mit einem Parteikonzept einher geht, das dem Integrationsdruck des parlamentarischen Systems

zu widerstehen vermag. Darüber nachzudenken, sei dringend geboten. Ohne eine marxistisch orientierte Programmatik und Politik werde daraus nichts. Eine Schlussfolgerung, die als roter Faden die gesamte Publikation durchzieht. Notwendig seien auch Regeln, die die Herausbildung einer "Sozialschicht" von Berufspolitikern verhindern können. Nach Auffassung des Autors gilt auch für linke Parteien, dass sie "Vorhof der Staatsmacht" sind und im Falle politischer Erfolge "zum Politikbetrieb" werden. Dessen Größe sei abhängig vom Anteil der Partei am Wählermarkt und an den staatlichen Zuwendungen.

Es gibt nicht wenige Linke, die inzwischen Analysen zur Partei DIE LINKE etwas überdrüssig sind, weil oft Hoffnung geschürt wird, wo keine Hoffnung mehr ist. Eine solche Einstellung verbietet sich im Falle der von Ekkehard Lieberam veröffentlichten Texte. Man mag mit dem Autor nicht immer übereinstimmen, mag sich manches schärfer dargestellt wünschen, deshalb jedoch auf das Lesen und Durchdenken zu verzichten, wäre falsch.

① Ekkehard Lieberam: Sisyphos lässt grüßen. Die Leiden der Linken und das Leiden an den LINKE. zweite aktualisierte und erweiterte Auflage. 94 Seiten 6 Euro.

② Die Broschüre kann in der Geschäftsstelle oder über den pad-verlag, Am Schlehorn 6, 59192 Bergkamen, pad-verlag@gmx.net erworben werde.

Aktuelles aus der Geschichtsforschung

Kurt Schneider Das vorliegende Heft 62/2022 der vom „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.“ herausgegebenen Mitteilungen enthält wiederum eine Fülle wertvoller Informationen.

So berichtet Holger Czitrich-Stahl detailliert über Erschließungsarbeiten und Bestandszugänge im Bundesarchiv und insbesondere über Neues aus der ihm zugehörigen Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“. Zur weiteren Intensivierung der Forschung sollen, wie mitgeteilt, Archivberatungsorte an Standorten in allen ehemaligen DDR-Bezirken eingerichtet werden. Eine stärkere Befassung mit der DDR-Geschichte im umfassenden Sinne sei notwendig, wie der Präsident des Bundesarchivs erklärt habe, da neue Akzentsetzungen, neue Fragestellungen und neue Erfah-

rungen zunehmend deutlich geworden sind. Zu den weiteren Berichten gehört die Information über ein anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2022 vom „Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung“ veranstaltetes Podiumsgespräch, in dessen Mittelpunkt die Rolle von Frauen als politische Akteurinnen in der Umbruchphase von der Monarchie zur Demokratie im deutschsprachigen Raum stand.

Ihr schließt sich an eine als Nachdruck aus Neues Deutschland vom 23.02.2022 entnommene ausführliche Sicht auf die derzeitige Ausstellung „Karl Marx und der Kapitalismus“ im Deutschen Historischen Museum (DHM). Desweiteren wird über Aktivitäten der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“, 1980 von Prof. Narihiko Ito (Tokio) gegründet, informiert.

Besonders beachtenswert sind die in einem ausführlichen Interview geäußerten Gedanken von Carola Tischer, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Mitteilungen und tätig am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und befasst mit Forschungen zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941 und des Stalinismus sowie mit der Exil- und Biografie-Forschung. Ihre Überlegungen zeugen von einem tiefen Nachdenken über generelle Anforderungen an die zeitgeschichtliche Forschung. „Die Wissenschaft täte gut daran“, so sagt sie, „vor der gegenwärtig starken Politisierung ein wenig zurückzuschrecken oder zumindest die Zeitgebundenheit der eigenen Forschung immer neu auf den Prüfstand zu stellen.“ Dem deutschen Wesen sei eigen, vermerkt sie, bei Umbrüchen immer radikal mit dem Alten zu brechen und mit aller Kraft auf das Neue zu setzen.

Es sei jedoch notwendig, die verschiedenen Blicke auf die Gesellschaft zu bewahren.

Neues aus der Forschung vermittelt Judy Shivi in einem Gespräch mit Alexander Amberger über das wenig bekannte Geschehen während des Kapp-Putsches in Gotha auf der Grundlage ihres 2021 erschienenen umfangreichen Buches „Der Bruderkrieg in Gotha. Die Verteidigung der Demokratie im März 1920“, das Lücken schließt und Korrekturen bisheriger Darstellungen enthält, ergänzt durch einen äußerst umfangreichen Dokumententeil. Shivi belegt präzise, dass in Gotha die Arbeiter gegen den Kapp-Putsch in den Generalstreik traten und die in der Stadt stationierten Truppen entwaffneten. Als daraufhin die sich zu Kapp bekennende Reichswehr in Gotha einmarschierte, kam es in ganz Thüringen zu blutigen Kämpfen. Es ging um den Erhalt der demokratisch gewählten einzigen USPD-Landesregierung in Deutschland.

Desgleichen berichtet Deborah Jeromin über Ergebnisse ihrer seit Jahren in Wort und Bild betriebene erfolgreiche Suche nach Spuren der Seidenraupenzucht für die Herstellung von Fallschirme für die faschistischen Luftwaffe, von denen viele nach Leipzig führen.

Zugleich werden ihre Bemühungen, Zeitzeugen Gehör zu schaffen, verdeutlicht.

Im weiteren informiert Christoph Meyer über eine bisher nicht bekannte Quelle aus dem Archiv der „Herbert-und-Greta-Wehner Stiftung“, welche die Behauptung von Egon Bahr widerlegt, Herbert Wehner habe seinen „persönlichen Grundlagenvertrag“ an Willy Brandt vorbei mit Erich Honecker abgeschlossen und sei damit dem Bundeskanzler in den Rücken gefallen. Das abgedruckte Dokument, ein ausführlicher handschriftlicher Vermerk Brandts, belegt eindeutig dessen volle Übereinstimmung mit Wehner. Damit dürften bestimmte Korrekturen diesbezüglicher Geschichtsschreibung verbunden sein. Dem schließt sich an eine von Markus Günnewig verfasste Information über das deutschlandweit wenig bekannte antifaschistische Mahnmal in der Dortmunder Bittermark, das in seiner derzeitige Form am 19. April 1960 offiziell eingeweiht wurde. Es erinnert mahnd an die hunderten Toten der mörderischen Massaker, die noch in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs in Dortmund stattfanden. Da unter den Opfern auch zahlreiche französische Zwangsarbeiter waren, erklärte das FNDD das Mahnmal in der Bittermark zum zentralen Gedenkort

für die französischen Arbeitsdeportierten in Deutschland. Seit der Einweihung des Bittermarker Mahnmals unter Schirmherrschaft der Stadt Dortmund 1960 ist es bis heute der Ort städtischer Gedenkfeiern.

Ebenso wird an die mutige illegale Konferenz der sozialistischen Jugend gegen den Ersten Weltkrieg Ostern 1916 in Jena erinnert, an der rd. 30 Delegierte aus 12 Orten Deutschlands teilnahmen. Ein Stein mit einer Gedenktafel, 1966 eingeweiht, verweist auf die Teilnahme Karl Liebkechts, der referierte und aktiv an der Diskussion teilnahm.

Eine höchst aussagekräftige Miscelle über Ricarda Huch (1864 – 1947), die zu den bedeutendsten Autorinnen des 20. Jahrhunderts zählt und nach der rd. ein Dutzend Schulen in ganz Deutschland benannt sind, glänzend verfasst von Gisela Notz, rundet das Heft 62 ab. Ihr folgen abschließend aussagekräftige Buchbesprechungen und Literaturhinweise.

① Mitteilungen des Förderkreises Archiv und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Heft 62, September 2022. Schutzgebühr 3 E, zuzüglich Versandgebühr.

Honecker in China. Anmerkungen zur aktuellen Ausgabe der BzG

Dr. Eckhard Müller Auch die Ausgabe 4/2022 der „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ bereichert - jenseits der offiziellen Historiografie - mit ihren durchweg gehaltvollen Beiträgen über aktuelle Forschungen zur Arbeiterbewegungs- und DDR-Geschichte und darüber hinaus auf vielfältige Weise. Sie belegt ebenfalls, dass sich die BzG ebenfalls zu einem wissenschaftlichen Debattenorgan entwickelt hat.

In Fortsetzung der Diskussion zu Problemen der Geschichte der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren auf der Grundlage des neuen Buches von Prof. Dr. Siegfried Prokop: „Probleme der Geschichte der DDR. Die Ulbricht-Ära (1950 – 1971) in der Ausgabe 3/2022 steuert diesmal Eberhard Aurich weitere Überlegungen - verbunden mit einem weiterführenden Fragenkatalog - bei.

Besonders hervorhebenswert im vorliegenden Heft auch Prokops Vorstellung eines bislang nicht bekannten, sehr aufschlussreichen Dokuments zur Endphase der DDR: eine 21 Seiten umfassende Niederschrift über ein Gespräch Erich Honeckers mit Deng Xiaoping, dem Strategen des wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs der Volksrepublik China, im Oktober 1986 in Peking. Honecker weilte in der Volksrepublik China zu einem Staatsbesuch, dem ersten eines höchsten Repräsentanten der DDR seit der Gründung der beiden Staaten im

Jahre 1949. Dieser Staatsbesuch erfolgte ohne Zustimmung von Gorbatschow. Dessen erbetene Zwischenlandung in Moskau lehnte Honecker ab, ein unerhörter Vorgang. Prokop schätzte in seinen Vorbemerkungen diese Niederschrift als ein Schlüsseldokument in den Beziehungen zwischen der DDR und China im Zeitraum der Honecker-Ära von 1971 bis 1989 ein.

Einleitend umriss er die vier Perioden in der vierzigjährigen, nicht immer konfliktfreien Geschichte des Verhältnisses zwischen der DDR und China. Der Autor hebt hervor, dass Honecker sich über die seit 1978 in der VR China begonnenen wirtschaftlichen Reformen umfassend informieren ließ. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die Überlieferung eines bemerkenswerten Honecker-Zitats, dass es besser für die DDR gewesen wäre, sich an China zu orientieren. Doch entsprechende Schlussfolgerungen Honeckers in der Politik der DDR habe es nie gegeben, konstatierte Prokop. Noch bis 1989 habe Honecker sich lediglich mit dem Klischee von „Kontinuität und Erneuerung“ begnügt, wobei ein Kurswechsel weg vom sowjetischen Vorbild erst Mitte der achtziger Jahre ohnehin zu spät gewesen sei. Honecker zeigte sich in dem Gespräch mit Deng Xiaoping - von der Entwicklung der modernen Elektronik in der chinesischen Industrie beeindruckt, erklärte seinem Gesprächspartner aber auch, dass sich die

DDR auf dem Felde der Mikroelektronik und der Robotertechnik bereits in einem Vorstoß in die führende Liga von Japan und den USA befinden würde, was reines Wunschdenken gewesen war. Prof. Dr. Dorte Putensen widmete sich der außergewöhnlichen Spezifik der Beziehungen Finnlands zur DDR und zur alten BRD. Finnland hatte bis 1973 offiziell gleichrangige Beziehungen zu beiden deutschen Staaten unterhalb der Schwelle der diplomatischen Anerkennung, ein international einmaliger Vorgang, geschuldet der besonderen Lage Finnlands zwischen Ost und West und Ausdruck seiner strikten Neutralitätspolitik, sich aus den Konflikten und Kontroversen der Großmächte herauszuhalten. Die Autorin arbeitete heraus: Letztendlich seien es erst der Abschluss des Vierseitigen Abkommens über Westberlin und die Vorbereitung einer der Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, zu der sich Finnland als Organisator der einleitenden Phase in Helsinki und dann als Gastgeber der Gipfelkonferenz 1975 anbot, sowie die sich anbahnenden Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen europäischen Staaten im Rahmen der neuen „Ostpolitik“ gewesen, was die finnische Regierung veranlasst hatte, ihrerseits aktiv zu werden. Das Ergebnis war dann, dass Finnland volle diplomatischer Beziehungen zu beiden deutschen Staaten aufnahm.

Verwiesen sei des Weiteren auf bereits Teil VI. der mit einem sehr umfangreichen Anmerkungsapparat versehenen Dokumentation von Dr. Matthias John zum bedeutendsten und aufsehenerregendsten Prozess Karl Liebknechts, dem Königsberger Prozess im Juli 1904.

Dr. Reinhold Zilch dokumentiert erstmals eine Sozialismusvorlesung an der Berliner Universität im Jahre 1897 durch den Professor für Staatswissenschaft Reinhold. Dr. Karla Bilang erinnert an die erste Russische Kunstausstellung vor 100 Jahren in Berlin

unter besonderer Berücksichtigung der ukrainischen Avantgarde und der Gleichberechtigung der Künstler, wobei sie den in der bisherigen Forschung völlig ausgeblendeten gewichtigen Anteil der ukrainischen Künstler bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Ausstellung hervorhob.

Dr. Rainer Holze berichtet über eine beachtenswerte Informationsveranstaltung der Friedrich-Engels-Stiftung (Sitz: Wuppertal) über den Umgang mit der realistischen Kunst in der DDR in beiden deutschen Staaten und dann nach 1990 unter dem Titel „Eine Visi-

on trägt einen Menschen durchs ganze Leben“ m 11. Dezember 2021 in Merseburg. Eine Würdigung für Dr. Günter Wehner, ein Nachruf auf Prof. Dr. Eckhart Mehls und ein umfangreicher Rezensionsteil beschließen das hier vorgestellte empfehlenswerte Heft.

① Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 4/2022, 64. Jahrgang, Dezember 2022, 180 S., trafo Wissenschaftsverlag, ISSN 0942-3960. Preis: 16,00 Euro. zzgl. Porto. Bestellungen über jede Buchhandlung und direkt beim Verlag.

Neue Literatur über Karl Liebkecht als Rechtsanwalt

Volker Külow Der Leipziger Historiker Matthias John hat sich ein ehrgeiziges und sehr umfangreiches Vorhaben zum Ziel gesetzt: eine mehrbändige Quellenedition der Gesammelten Prozesse von Karl Liebkecht im Spiegel der zeitgenössischen Presseberichterstattung. Bisher sind zwei Bände erschienen, beide in diesem Jahr. Im ersten Band werden die Jahre 1900 bis 1904 umrissen; der erste Teil vom zweiten Band widmet sich dem aufsehenerregendsten Fall Karl Liebkechts, dem Königsberger Hochverrats- und Geheimprozess im Jahr 1904.

Seriöse Spezialstudien zu Liebkechts beruflichen Wirken als Anwalt sind nach wie vor ein Desiderat der Forschung. Die Herausgabe der „Gesammelten Prozesse“ soll dazu beitragen, diese Forschungslücke zu schließen. Es muss dabei als ein Glücksumstand angesehen werden, dass die sozialdemokratische und zuweilen auch die bürgerliche Presse seinen Auftritten als Anwalt besondere Aufmerksamkeit widmete. Und das nicht nur wegen seines berühmten Familiennamens, sondern vor allem wegen seiner herausragenden anwaltlichen Fähigkeiten. Er galt, wie Wilhelm Dittmann in seinen Erinnerungen schrieb, als Stern am juristischen Himmel.

Von Matthias John erfahren wir, dass Liebkecht – der mit seinem Bruder Theodor eine gemeinsame Kanzlei betrieb – zwischen 1900 und 1914 an mindestens 218 Prozessen als Klagevertreter, Verteidiger, Angeklagter, Sachverständiger oder Zeuge beteiligt war. Folgt man John, war Liebkecht eher ein politischer als ein Anwalt, wenngleich zu seinen bisher ermittelten Mandantinnen und Mandanten auch zwei Dienstmädchen, eine Heimarbeiterin, mehrere Hausfrauen bzw. Wirtinnen und sogar ein Bettler zählten, der wegen angeblichen Betrugs angeklagt worden war. Im Jahre 1904 verteidigte er darüber hinaus zwei minderjährige Schulmädchen wegen angeblicher räuberischer Erpressung von fünf Pfennigen.

Er übernahm aber auch – zumeist aus finanziellen Gründen – Mandate in Fällen wie Diebstahl, Beleidigung, Hausfriedensbruch, ruhestörenden Lärm, Unterschlagung, Urkundenfälschung, fahrlässigen Umgang mit Schusswaffen, Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz, Körperverletzung, Meineid oder Kindesentziehung. Allein diese Aufzählung offenbart eine außerordentlich breite juristische Fachkompetenz; auf Grund seiner beruflichen Fähigkeiten vermochte er immer wieder die Anklage zu Fall zu bringen. Neben Kurt Rosenfeld, Wolfgang Heine, Hugo Heinemann und Hugo Haase war Karl Liebkecht wohl der herausragende Anwalt in der deutschen Sozialdemokratie.

Im Mittelpunkt des ersten Bandes steht sein erster großer politischer Prozess, die Kaiserinsel. Es ging dabei um den mutmaßlichen Plan Kaiser Wilhelm II., auf der Havelinsel Pichelswerder ein Schloss zu errichten, auf dem er auch im Falle politischer Unruhen sicher sein konnte. Am häufigsten übernahm Karl Liebkecht, wie in dem vorliegenden Band dokumentiert wird, die anwaltliche Vertretung in Verfahren, in denen es um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ging. Auf Grund seiner herausragenden juristischen Fähigkeiten vermochte er immer wieder die Anklage zu Fall zu bringen.

Im zweiten Band werden erstmals die im „Vorwärts“ abgedruckten stenographischen Mitschriften, die Mitarbeiter des Zentralorgans im Juli 1904 während des Königsberger Geheimbunds- und Hochverratsprozess anfertigten, wieder abgedruckt. Der Mangel bisheriger Editionen besteht darin, dass eine wissenschaftliche Kommentierung verzichtet wurde. Dem wird nun mit der vorliegenden Ausgabe abgeholfen. In diesem Prozess, dem auch in der bürgerlichen Presse ungewöhnlich große Aufmerksamkeit gewidmet wurde, hatte Karl Liebkecht, der schon zuvor russische Emigranten verteidigt hatte und daher mit der Materie sehr vertraut war, gemeinsam mit seinen Anwaltkollegen Hugo Haase und Hugo Heinemann die Ver-

teidigung übernommen. Im Prozessverlauf deckten sie auf, wie eng die deutschen mit den russischen Polizei- und Justizbehörden zusammenarbeiteten, um der noch jungen russischen Sozialdemokratie den Boden zu entziehen. Im Mittelpunkt des Prozesses stand der mehr oder minder umfangreiche Schmuggel revolutionärer (in Deutschland zumeist erlaubter) Literatur in russischer Sprache – insbesondere der Schleichhandel mit der seinerzeit in München gedruckten „Iskra“ – von Deutschland nach Russland.

Matthias Johns bisher erschienen Bände sind eine wahre Fundgrube zum Leben und Werk von Karl Liebkecht. Wünschen wir ihm und der trafo Verlagsgruppe die Kraft und die notwendigen finanziellen Mittel, das Projekt erfolgreich fortzusetzen und dann natürlich auch zu beenden.

① John, Matthias: Gesammelte Prozesse des Karl Liebkecht (1900-1914), Bd. 1: Karl Liebkecht - "ein neuer Stern am juristischen Himmel" (Wilhelm Dittmann). Seine Anwaltstätigkeit im Spiegel der zeitgenössischen Presseberichterstattung (1900-1904), Trafo-Verlag Berlin 2022. ISBN: 978-3-86464-236-4. Preis: 49,80 Euro.

① John, Matthias: Gesammelte Prozesse des Karl Liebkecht (1900-1914), Bd. II, T. 1: Karl Liebkechts aufsehenerregendster Fall: Der Königsberger Hochverrats- und Geheimbundsprozess im Jahre 1904 in der Presseberichterstattung, Trafo-Verlag Berlin 2022. ISBN: 978-3-86464-237-1. Preis: 19,80 Euro.

Der ganze, und nicht der halbe Lukács

Christian Annecke Ein Veranstaltungsbericht

„Wir haben einen der größten Denker, der edelsten Charaktere des Jahrhunderts verloren“, schrieb einst Ernst Fischer in seinem Nachruf auf den ungarischen Philosophen, Marxisten und Kritiker Georg Lukács. Die Erinnerung an das Wirken dieses großen Denkers wurde am 27.10. durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung in „Rosas Salon“ im Felsenkeller wieder wachgerufen.

Manfred Neuhaus begrüßte die zahlreichen Gäste herzlich, leitete in den Abend ein und verwies zu Beginn auf die Terracottastelen für Mathilde Jacob und Karl Liebknecht, welche kürzlich am 21.10. feierlich eingeweiht wurden. In der Tradition der Freunde der Kritik und in der Tradition des „Trotz alledem“ ist sicherlich auch Georg Lukács zu zählen. Antonia Opitz informierte als Hauptteil der Veranstaltung über Stand und Probleme der deutschsprachigen Ausgabe der ungarischen Werke, welche sie gemeinsam mit Zsuzsa Bognár und Werner Jung im Bielefelder Aisthesis Verlag herausgibt.

Manfred Neuhaus fand in seiner Salutation die passenden Worte, indem er betonte wie langwierig und mühselig, nicht selten entbehrungsreich, eine Herausgebere Tätigkeit ist. Aber vielleicht müssen wir uns diese Herausgebere Tätigkeit auch als glückliche Tätigkeit vorstellen, denn durch diese entfaltet sich eine ungeheure Selbstwirksamkeit und die Ergebnisse bleiben Generationen von interessierten Lesern erhalten. Antonia Opitz, Germanistin, Hungarologin mit Habilitation zum literaturtheoretischen Schaffen von Lukács, bewies genug Willenskraft und Können als Mitherausgeberin, um diese große Aufgabe zu bewältigen.

„Der ganze, und nicht der halbe Lukács“, so Antonia Opitz in ihrem Referat, beschreibe hierbei ganz gut, dass die Aufgabe und Herausforderung existiere, alle Werke des ungarischen Philosophen zu übersetzen und keine Leerstellen zu lassen. Zugleich bestehe, so die These, zwischen dem frühen und dem späten Lukács keine biographische Sozialisationsmauer, sondern es gebe letztlich einen einzigen Lukács.

Dieser habe in seinem Leben in mannigfaltigen historischen Perioden unterschiedlich über folgende drei Topoi nachgedacht:

1. Die Ablehnung des kapitalistischen Gesellschaftssystems und die andauernde Suche nach Alternativen.
2. Der Marxismus als Weltanschauung und die kritische Weiterentwicklung.
3. Das Verhältnis von Kunst und Wirklichkeit, sowie deren Vermittlung.

unserer spätkapitalistischen Moderne theoretische Fragestellungen von Lukács aufgeworfen werden, die aktueller denn je sind.

Die deutsche Leseausgabe ermöglicht es dementsprechend das Lebenswerk dieses Marxisten neu zu entdecken. Antonia Opitz schilderte eindrucksvoll die Editions- und Herausgebergeschichte. Angefangen von ersten Dokumentationsversuchen und Verlagskrise bis hin zu gefundenen intellektuellen Kofferschätzen, den Frühwerken vor 1919 und Lukács Briefwechseln, in einer Bank in Heidelberg. Anschließend beschrieb Opitz die Schwierigkeiten der Werkherausgabe in der DDR und aktuelle Herausforderungen. Diese bestehen unter anderem in der Schließung des Lukács Archivs 2018 in Ungarn und in Finanzierungsproblemen. Umso bemerkenswerter ist die Ausdauer und Willenskraft der Herausgeber, diese Herkulesaufgabe ehrenamtlich zu bewerkstelligen.

Auch die von Opitz rezipierten letzten publizistischen Beiträge über Endre Ady und Béla Bartók zeigten auf, dass Lukács Gegenwartsdiagnose einer stetig wachsenden Entfremdung der vereinzelt Einzelnen weiterhin hochaktuell ist. Opitz hofft, dass die Übersetzung ins Deutsche eine erhellende Kraft sein könne, damit lang festgeschriebene Fehlurteile eventuell etwas relativiert werden können.

Auszüge aus dem von Antonia Opitz aus dem Ungarischen ins Deutsche übersetzten Vorwort „Mein Weg zur ungarischen Kultur“

wurden von Dr. Ursula Wohlfeld, Prof. Karl-Heinz Schwabe und Dr. Hartmut Kästner vorgetragen.

Die anschließende Diskussion wurde durch die Künstlerphilosophin Dr. Konstanze Caysa geleitet. Der Diskursrahmen wurde hierbei insbesondere von der Frage geprägt, welche Bedeutung die Lukács-Texte gegenwärtig für uns haben. Das Publikum beteiligte sich hierbei rege und der Besuch in Rosas Salon lieferte somit neue Kenntnisse, Erfahrungen und, ganz im Sinne von Lukács, neue Fragen der Kritik und der Weltveränderung.



Lukács sei nicht nur deutscher Prägung gewesen, sondern auch ungarischer. Zudem stand er zu seinen früheren Werken, auch wenn er mit diesen im Nachhinein nicht immer einverstanden gewesen ist. Er betrachtete seine früheren Werke als historische Zeitdokumente, die er im Nachhinein durch spätere Vor- und Nachwörter kommentierte. Leider ist Lukács, so Opitz, in seiner ungarischen Heimat ein Geächteter, sogar eine Statue des jüdischen und kommunistischen Philosophen wurde demontiert. Dennoch erlebt die Rezeption dieses bedeutenden Intellektuellen in anderen Weltregionen ein neues Gedeihen. Denn es zeigt sich, dass in



Fotos: Team Pellmann

„Heißer Herbst“ im Wahlkreis

Sören Pellmann Als unverzichtbaren Bestandteil unserer bundesweiten und bekanntlich auch in Leipzig intensiv geführten Kampagne zum „Heißen Herbst“ sehe ich zusätzliche Aktivitäten in meinem Wahlkreis an. Sowohl im November als auch im Dezember war ich daher gemäß meines Wahlkampfthemas „nah dran“ in vielfältiger Weise vor Ort unterwegs. Insbesondere die zahlreichen Infostände boten gute Möglichkeiten, mit den Leipzigerinnen und Leipzigern über ihre Nöte und Sorgen ins Gespräch zu kommen und ihre Anliegen aufzunehmen.

Über die neue Ausgabe meiner Wahlkreiszeitung „Bärenpost“ sowie verschiedene selbst produzierte Postkarten zu aktuellen Themen wie Energiepreise, Teuerung und ÖPNV konnten mein Team und ich in sieben Ortsteilen (Connewitz, Dölitz, Lößnig, Plagwitz, Reudnitz, Schleußig und Stötteritz) unsere alternativen Politikvorschläge zur verfehlten Politik der Ampelregierung unter die Menschen bringen. Besonders gut kam in der Vorweihnachtszeit natürlich an, dass wir neben unseren Drucksachen auch stets Kaffee und Tee sowie Schokoherzen und Spekulatius im Angebot hatten.

Ein Termin der letzten Wochen ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Am 2. November war ich beim soziokulturellen Verein GOASE e.V. im Ortsteil Zentrum-Nord zu Gast. Der Verein wurde 2015 mit dem Ziel gegründet, die Entfaltungsmöglichkeiten rund um das Haus in der Richterstraße 4/6 besser zu nutzen. Die markante Immobilie und vor allem der Garten besitzen ein besonderes Anflitz und bieten einen im Viertel seltenen Freiraum für künstlerische, kulturelle und ökologische Aktivitäten. Es ist ein bemerkenswerter kultureller Begegnungsort, der gemeinsame Erfahrungsräume und Engagement in familiärer Atmosphäre schafft und für eine solidarische Nachbarschaft steht.

Das Haus gehörte in den 1920er Jahren dem Mitteldeutschen Braunkohlesyndikat und wurde von dessen Führungskräften bewohnt. Heute leben in dem Haus mit seinen acht Sozialwohnungen zu einem Preis von 6,50 Euro/qm rund 35 Personen. Vereinsmitglied Moritz von Schurer führte uns durch das denkmalgeschützte Haus und den Garten. Dann schauten wir uns eine Videoinstallation des Vereins an, in der eine Architektin, ein Restaurator und das Liegenschaftsamt

über die Pläne für die künftige Gestaltung des Hauses diskutieren. Insgesamt besteht ein Sanierungsstau in Höhe von drei Millionen Euro für das Gebäude und das Gelände drumherum. Dementsprechend steht dem Verein noch langer Weg bevor, aber erste Ideen konnten wir bei unserem Lokaltermin gemeinsam entwickeln.

Zur Wahlkreisarbeit gehören natürlich auch die von meinem Büro organisierten Besuchsfahrten nach Berlin, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Im November besuchten mich zunächst rund 50 Leipzigerinnen und Leipziger, das entsprechende Programm stellte das Bundespresseamt zusammen. Nach dem obligatorischen Besuch des Plenarsaals kam es zu einem ausführlichen Gedankenaustausch mit mir im Bundestag. Etwas weniger umfangreich, aber mit einem ebenso intensiven Gespräch verbunden, verlief auch der Besuch von Schülerinnen und Schülern mit ihren Lehrerinnen und Lehrern der 84. Oberschule Grünau, die ich seit vielen Jahren gezielt unterstützte. Über derartige Kontakte kann ich immer mal wieder in den Schulalltag schnuppern, was mir als langjähriger Pädagoge sehr wichtig ist.

Tempo 30 eine Frage der Klasse?

Friedemann Goerl Warum dieser Artikel? In mehreren Gesprächen innerhalb der Partei ist mir aufgefallen, dass einige Menschen mit einer flächendeckenden Temporeduzierung in unserer Stadt hadern und auf dem Bedarf verweisen, schnell und bequem von A nach B zu gelangen. Warum dieser individuelle Wunsch sich gegen dezidiert linke Ansätze richtet, soll in diesem Beitrag nachgegangen werden.

Vorab: Gemäß der StVO liegt in Deutschland innerhalb geschlossener Ortschaften die zulässige Höchstgeschwindigkeit bei 50 km/h. Jede Abweichung von dieser Regelgeschwindigkeit, muss hierbei begründet werden. An vielen Hauptverkehrsstraßen kann eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h in den meisten Fällen leider nicht angeordnet werden, da dies gegen die aktuelle Rechtslage der autofixierten Straßenverkehrsordnung verstoßen würde.

Die Vorteile für die Stadt liegen jedoch eigentlich auf der Hand. Nach gültigem Stand der Verkehrsforschung würde eine

flächendeckende Einführung von Tempo 30 zu einer höheren Verkehrssicherheit, besserem Lärmschutz, Luftreinhaltung und einer höheren Aufenthaltsqualität führen, die insbesondere den Fuß- und Radverkehr fördern würde. Durch einen flüssigeren und gleichmäßigeren Verkehrsablauf bei Tempo 30, würde auch die Leistungsfähigkeit für den Kfz-Verkehr nicht abnehmen. Der Kfz-Verkehr würde also insgesamt ähnlich schnell von A nach B kommen.

Wo liegt jedoch der originär linke Standpunkt in dieser Debatte?

In Leipzig gibt es wie in allen anderen Gemeinden in Deutschland ein sogenanntes „klassifiziertes Straßennetz“. Hier erfolgt eine Zuordnung in Hauptnetzstraßen und Nebennetzstraßen. Während es im Nebennetz relativ einfach ist, flächendeckend Tempo 30 Zonen auszuweisen, ist die Anordnung von Tempo 30 auf dem Hauptstraßennetz ein schwieriges Unterfangen. Entweder man kann eine „qualifizierte Gefahrenlage“ nachweisen oder es besteht ein nachzuweisender Handlungsdruck zum Schutz der Wohn-

bevölkerung vor Lärm und Abgasen. Ebenso besteht die Möglichkeit im Umfeld von Kindergärten, Schulen, Altenheimen oder Krankenhäusern Tempo 30 anzuordnen. Für alle anderen Straßenabschnitte muss es nach gültiger Rechtslage bei Tempo 50 bleiben, obwohl es sicherlich im Einzelfall sehr gute Gründe gibt auch hier Tempo 30 zu fordern.

Etwa 38 Prozent der Leipziger Haushalte verfügt über kein eigenes Auto. Hier stehen noch einmal die einkommensschwächeren Haushalte hervor. Nach der kommunalen Bürgerumfrage haben Haushalte mit einem Einkommen von unter 1.100 Euro zu 73 Prozent kein eigenes Auto. Bei einem Haushaltseinkommen von 1.100 bis 2.300 Euro immerhin noch 45 Prozent.

Genau diese Menschen wohnen jedoch überproportional oft an vielbefahrenen Hauptverkehrsstraßen, da dort die Mieten günstiger oder noch erschwinglich sind. Damit sind einkommensschwächere Haushalte auch häufiger Luft- und Lärmbelastungen

sowie Unfallgefährdungen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass in unseren Städten der öffentliche Raum höchst ungerecht verteilt ist. Ein Parkplatz für einen privaten PKW nimmt im Durchschnitt mindestens zwölf Quadratmeter ein, das ist mehr als ein durchschnittliches Kinderzimmer in Deutschland. In Leipzig ist das Parken im öffentlichen Raum meist kostenlos, gleichzeitig lebt jedes 5. Kind in unserer Stadt an der Armutsgrenze. Hier ist also eine starke Doppelbenachteiligung von einkommensärmeren Haushalten

auszumachen. Diese haben meist kein Auto, mit dem sie die Straße befahren können und gleichzeitig kommen sie nicht in den Genuss private Gegenstände kostenfrei im öffentlichen Raum lagern zu können, jedoch wird ihre Gesundheit gefährdet und ihr Anteil am öffentlichen Raum signifikant beschnitten.

Es ist also neben ökologischen und verkehrsorganisatorischen Aspekten auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit sich für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in unserer Stadt einzusetzen. Die Klassifizie-

rung von Straßen führt dazu, dass bestimmte soziale Klassen in unserer Stadt benachteiligt werden, damit scheinbare, aber nicht nachzuweisende Zeitgewinne in der Fortbewegungswahl generiert werden. Die Kosten für diese individuelle „Freiheit“ Tempo 50 fahren zu können, werden jedoch wie so oft externalisiert und auf dem Rücken der Umwelt und vielen betroffenen Menschen ausgetragen. Auch in diesem Fall gilt es alte Privilegien zu hinterfragen, damit wir in einer lebenswerten Stadt für alle Menschen wohnen können.

Eine Landtagsfahrt, die ist schön ...

Dirk Apitz Am 9. November hat Marco Böhme wieder in den Landtag eingeladen. Die Besucher*innengruppe, bestehend aus Mitgliedern, Freund*innen oder Verbündeten der Partei, für am Nachmittag nach Dresden. Am Anfang hat Marco den sogenannten Altbau gezeigt und auch sein Büro, als parlamentarischer Geschäftsführer. Anschließend gab es vom Besucherdienst einen kleinen Vortrag über die Arbeit im sächsischen Landtag sowie die Erklärung über einzelne Abläufe. Im Plenumsaal hatten wir diesmal großes Glück. Es ging nicht

um Wölfe oder den Burkenkäfer, sondern um Einwanderung und den Antrag unserer Partei zum Ausbleiben der Schuldenbremse. Beide Debatten wurden sehr hitzig und spannend geführt. Zwar war es für alle Beteiligten eine Qual der AfD zuzuhören, aber so lernt man die Arbeit unserer Abgeordneten nur mehr zu schätzen! Weiter ging es dann zum Essen und einer kleinen Fragerunde mit Marco, der auch kritische Fragen mühelos beantworten konnte. Weil wir doch schneller fertig waren als gedacht, durften wir noch einmal auf die Besucher*innentribüne des

sächsischen Landtags und wieder hatten wir Glück! Denn diesmal durften wir Marco selbst bei einer gelungenen Rede zuhören. Dort räumte er mit den Mythen über die Atomkraft auf. Als die AfD wieder sprach, besuchte uns noch Juliane Nagel und stand uns bei. Alle fanden die Fahrt sehr gelungen und auch im nächsten Jahr werden wir wieder zu so einer Fahrt einladen. Deswegen behaltet das Mitteilungsblatt im Auge, denn hier erfährt ihr es zuerst, sobald wieder eine Fahrt ansteht. Bis dahin!

Schere im Finanzplan – ein „Weiter so“ verbietet sich!

Enrico Stange Der jährliche Haushalt (Finanzplan) unserer Landespartei wird im Rahmen der satzungsgemäßen gemeinsamen Beratung von Landesvorstand und Landesrat beschlossen, die wegen der ebenfalls satzungsgemäßen Erweiterung um Kreisvorsitzende und Vorstand der Landtagsfraktion „Kleiner Parteitag“ genannt wird, beschlossen. Sie arbeitet faktisch auch so und wird durch die Medien so verstanden. So weit so gut, obwohl kompliziert.

Über ein Jahr wird im Landesverband über die Verteilung der durch Wahlniederlagen deutlich geringeren finanziellen Mitteln zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden diskutiert. Der Landesparteitag hatte erst im November eine Neuverteilung mittels geänderten Finanzkonzepts zurückgewiesen. Die sinkenden Mitgliederzahlen lassen die Beitragsbasis weiter erodieren. Vor diesem Hintergrund haben die Landesschatzmeisterin und der Landesgeschäftsführer innerhalb eines Jahres den zweiten Versuch unternommen, die Landesgeschäftsstelle durch einen Aufwuchs der unbefristeten Stellen weiter auszubauen. Die Kolleginnen und Kollegen der Landesgeschäftsstelle erfüllen durchaus wichtige Aufgaben für die Kreisverbände, das stellt sicher niemand in Abrede. Aber Festanstellungen sind Verpflichtungen, die der Landesverband eingeht.

In dieser Gemengelage hat die Landesschatzmeisterin dem „Kleinen Parteitag“ für den 3. Dezember einen Entwurf des Finanzplans zur Bestätigung zugeleitet. Der Landesvorstand hatte sich diesen wegen Unvollständigkeit am 18. November noch nicht zu Eigen gemacht. In der Landesvorstandsberatung am 2. Dezember wurde dieser Finanzplan-Entwurf dann nicht nur wegen der Unvollständigkeit, sondern wegen deutlich unrichtiger Zahlen in der Vermögensaufstellung und der mittelfristigen Finanzplanung heftig diskutiert. Diese Diskussion setzte sich beim „Kleinen Parteitag“ fort. Nicht nur der Leipziger Stadtvorsitzende, Adam Bednarsky, kritisierte die vom 2. auf den 3. Dezember teilweise berichtigte Vorlage. Auch Landesvorstandsmitglied Enrico Stange und ein weiterer Genosse aus dem Kreisverband Zwickau übten scharfe Kritik.

Die zentrale Kritik stellt sich so dar: Die Landesschatzmeisterin hat in ihrer Vorlage positivere Annahmen für die Einnahmehasis ab 2025 zugrunde gelegt, die sich zum einen nicht in der gesamten Berechnung widerspiegeln. Andererseits hat sie nicht berücksichtigt, dass wir auch im Jahr 2025 Wahlkampf zum Wiedereinzug in den Bundestag bestreiten müssen und prognostisch weitere Mitglieder verlieren. Der oben erwähnte Genosse aus Zwickau nannte dies schlicht einen massiven Verstoß gegen die

Grundsätze ordentlicher Buchführung. Nun könnte entgegnet werden, dass Prognosen generell schwierig sind und wir alle ja darum kämpfen, dass es der Partei finanziell wieder besser geht. Genauso agitierten der Landesvorsitzende und andere Mitglieder des Landesvorstandes im solidarischen Appellativ gegen die Bedenken an. Das strukturelle Problem lässt sich aber nicht durch solidarische Appelle lösen: Schon im Finanzplan sinken die Ausgaben für politische Arbeit – Kernstück der Arbeit der Partei – stetig über die kommenden Jahre ab, während die Personalkosten unentwegt steigen. Damit wird der Landesverband sehenden Auges in ein finanzielles Dilemma gesteuert mit erheblichen Folgen für die Kreisverbände und die politische Handlungsfähigkeit.

Leider haben zu wenige Mitglieder des „Kleinen Parteitags“ ihre Funktion als Kontroll- und Korrekturinstanz im Entscheidungsgefüge des Landesverbandes verstanden. Mit großer Mehrheit wurde der zweifelhafte Finanzplan mit Stellenplan bestätigt. Einzig konnte erreicht werden, dass die Verteilung der Mittel zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden bis Ende 2024 nicht verändert wird. Nur ein schwacher Trost mit Blick auf die Entwicklung unserer Partei hinsichtlich der Mitgliederzahlen, der Wählergunst und der Einnahmehasis.

Foto: Kay Kamieth



3 Bilder aus dem November:

Bild links oben: Nach unserer Initiative im Stadtbezirksbeirat Süd und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat zu Leipzig wurde die Freifläche am Connewitzer Kreuz durch die Stadtverwaltung Leipzig gekauft und umgestaltet. Am 7. Dezember wurde sie offiziell eingeweiht und den LeipzigerInnen als Freiraum für Sport, Spiel und Spaß übergeben. Selbstverständlich waren wir dabei vor Ort und haben gleich die neuen Geräte inspiziert.

Bild rechts oben: Zum Blackfriday am 25. November haben die Beschäftigten von amazon gesagt: Genug ist genug und zum Streik aufgerufen. Wir haben uns mit ihnen solidarisch erklärt und die Kundgebung und Demo der Streikenden inhaltlich und personell unterstützt. Wir wünschen ihnen viel Kraft bei ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen.

Bild rechts unten: Unter dem Motto "Schöner unser Haus und Hof" hat das ZKM von DIE LINKE. Leipzig-Mitte am 12. November zum Subbotnik ins Liebknecht-Haus eingeladen. Dabei wurde überlegt, wie wir unser Haus noch attraktiver für unsere GenossInnen machen können und auch schon konkret los gelegt. Zeit zum gemeinsamen Pause machen soll es wohl auch gegeben haben. Vielen Dank an alle, die sich die Zeit dafür genommen haben.



Foto: Privat



Foto: Kay Kamieth

Auf Einladung beim Seniorendomizil am Stadtplatz in Leutzsch

Sören Pellmann Am 02. November war ich zu Gast im Seniorendomizil am Stadtplatz in Leutzsch, ein erst am 14. Oktober 2022 eröffnetes Altenheim. Der Geschäftsführer, Christoph Hamma, führte mich durch das Haus, das 147 Betten in 107 Zimmern fast und in den fünf Wohnbereichen mit Aufenthaltsräumen und Pflegebädern ausgestattet ist. Die Bewohner werden pro Etage von einem Hausarzt betreut und ein ganzes Ärztenetzwerk kümmert sich um die Bewohner und Bewohnerinnen. Ich konnte mich darüber versichern, dass es den erst 14 Bewohnern des Altenheims gut geht und die – bei voller Auslastung 160 – Arbeitskräfte angemessen bezahlt werden. Man sei auch auf ausländische Angestellte angewiesen und müsse das Personal mit guten Arbeitskonditionen vom Markt ziehen. Beeindruckt von der guten Atmosphäre im Haus, konnte ich in kleiner Runde mit den Bewohnern und Bewohnerinnen sprechen. Auch sie waren mit ihren Lebensbedingungen, bis auf ein paar kleine Mängel zur Eröffnung des Altenheims, sehr zufrieden.

📍 www.seniorendomizil-am-stadtplatz.de
#nahdran



Foto: Team Pellmann

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Mach mit – bei der Satzungskommission:** Der Stadtparteitag hat den Stadtvorstand beauftragt, eine Satzungskommission zu bilden, um eine neue Satzung für den Stadtverband zu erarbeiten, die verschiedene Veränderungen der letzten Jahre berücksichtigt. Der Stadtvorstand möchte diese Kommission auf seiner Sitzung am 10. Januar 2023 berufen. Wer Interesse hat, an der Erarbeitung der neuen Satzung mitzuwirken, kann sich bis zum 06. Januar 2023 bei Kay Kamieth unter kay.kamieth@dielinke-leipzig.de oder 0341-1406440 in der Geschäftsstelle melden.
- **Doppelausgabe:** Dieses Heft ist unsere Winter-Doppelausgabe für die Monate Dezember 2022/Januar 2023. Das nächste Mitteilungsblatt erscheint demnach erst wieder im Februar 2023. Der Redaktionsschluss dafür ist am 27. Januar 2023. Bis dahin wünschen wir allen LeserInnen frohe Feiertage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und vor allem Gesundheit.



Termine - Heißer Herbst

Wir organisieren im ganzen Land Kundgebungen und Demonstrationen: unser heißer Herbst gegen die soziale Kälte!

Die nächste Kundgebung und Demonstration in Leipzig finden am: 9.1. statt.

Weitere Informationen für Leipzig und Sachsen findest du unter:

DIE LINKE. Leipzig:
<https://gleft.de/4Ub>
DIE LINKE. Sachsen:
<https://gleft.de/4Ua>

Demonstration: Genug ist genug – Preise runter, Löhne rauf!

Wann: Mo., 9. Januar 2023, 18 Uhr
Wo: Kleiner Wilhelm-Leuschner-Platz

Heizen oder Duschen dürfen kein Luxus sein – eine warme Wohnung, ein voller Kühlschrank und ein sicheres Einkommen sind unser gutes Recht!

Gedenken auf dem Südfriedhof am 78. Jahrestag der Ermordung der Mitglieder der Schumann-Engert-Kresse-Gruppe 2023

Wann: Sa., 14. Januar 2023, 11 Uhr
Wo: Südfriedhof, Friedhofsweg 3

Am Samstag, den 14. Januar 2023 um 11.00 Uhr findet das Gedenken auf dem Südfriedhof zum 78. Jahrestag der Ermordung der Mitglieder der Schumann-Engert-Kresse-Gruppe statt. Der VVN-BdA Leipzig lädt ganz herzlich ein.

Gegen Krieg und Krise! Für Frieden und Solidarität!

Aus dem Aufruf für die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 15. Januar

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 von rechten Freikorps mit Billigung der Noskes und Scheidemänner in Berlin ermordet. Ihr Eintreten für Frieden und gegen Krieg erlegt uns die Pflicht auf, den Kampf um das Überleben der Menschheit mit der sozialen, mit der Klassenfrage zu verbinden. Kriege lösen die Menschheitsprobleme nicht.

Beim völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine scheint Frieden in weite Ferne gerückt. Wer für Verhandlungen und Abrüstung eintritt, wird verunglimpft. Schweden und Finnland opfern für einen NATO-Eintritt die Kurden. Wir erleben, dass völkerrechtswidriges Handeln mit zweierlei Maß gemessen wird. Die Kriege der USA scheinen vergessen. Keinen Platz haben die Opfer westlicher Politik. Die Festung Europa bleibt für diejenigen verschlossen, die vor Krieg und Elend fliehen. Ausnahmen gibt es für die unbürokratisch aufgenommenen Geflüchteten aus der Ukraine – zumindest, wenn sie weiß sind –, während an der polnisch-belorussischen Grenze Menschen erfrieren. Und auch russische Kriegsdienstverweigerer möchte man hier eigentlich nicht haben. Sichere Fluchtwege für alle Menschen sind umso notwendiger.

Die Rechnung für Krieg und Aufrüstung bezahlen die Menschen hierzulande durch eine immer weiter steigende Inflation: Lebensmittel, Energie und Mobilität werden monatlich teurer. Und während die Mehr-

heit der Bevölkerung auf zynische Weise dazu aufgerufen wird, für »die Freiheit« zu frieren, streichen Rüstungs- und Energiekonzerne unvorstellbare Gewinne ein. Verlierer sind wie stets die Werktätigen, besonders die Armen. Auf der Strecke bei der staatlich verordneten Verarmung bleibt auch die Natur. So sollen Atomkraftwerke länger in Betrieb bleiben und umweltschädliches Fracking-Gas aus den USA wird importiert. Die Gewinner dieser Politik sind die Rechten. Antifaschismus ist notwendiger denn je.

Für Frieden, soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt, für Internationalismus und Solidarität werden wir, Linke unterschiedlicher Strömungen, gemeinsam am 15. Januar 2023 friedlich unsere Standpunkte und Forderungen bekunden. Wir verbinden das Gedenken an die Ideen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit den Forderungen in den Kämpfen unserer Zeit: Wir demonstrieren für Frieden und internationale Solidarität, gegen Ausbeutung, gegen den Abbau demokratischer Rechte und das Anwachsen faschistischer Gefahren.

Fahrt mit uns zur Luxemburg-Liebkecht-Demonstration nach Berlin.

Wann: So., 15. Januar 2023, 7:30 Uhr
Wo: Goethestraße (Nähe Schwanenteich)

① Tickets gibt es für 10 Euro (ermäßigt 5 Euro) im Liebknecht-Haus

Gedenken & Stolpersteine putzen: Befreiung des KZ Auschwitz

Wann: Sa., 27. Januar 2023, ganztägig
Wo: stadtwweit

Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz von sowjetischen Soldaten befreit. Was sie dort entdecken mussten, lässt uns noch heute den Atem stocken vor Abscheu und Entsetzen. Über eine Million Menschen waren allein in Auschwitz zwischen März 1942 und November 1944 in einem beispiellosen Vernichtungswillen ermordet worden. "Auschwitz" steht heute als Begriff für den nationalsozialistischen Rassenwahn.

Anlässlich des Tag des Gedenkens an die Opfer des deutschen Faschismus finden in Leipzig eine Vielzahl von Veranstaltungen statt, auf welche wir hiermit verwiesen und zu deren Teilnahme wir aufrufen.

① An vielen Stellen innerhalb Leipzigs werden anlässlich des Gedenktages die vor Ort verlegten Stolpersteine dezentral von kleinen Gruppen geputzt. Eine Liste aller Stolpersteine in Leipzig gibt es hier: <https://gleft.de/52h>

① Hinweise und Tipps zum Putzen gibt es hier: <https://gleft.de/52g>

Impressum

Herausgeberin:
Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (v.i.S.a.P.), Steffi Deutschmann, Sören Pellmann, Adam Bednarsky
Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 30.01., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.